Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Julihälfte 15000.— Mk. Einzelverkaufspr. 1200 Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 2200.— Mark, auswärtige 2500.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 1800 Mk., für Reklamen 9000.— Mk.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf 926 nur Geschäftsstelle 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 171. Mittwoch, 25. Juli 1923. 30. Jahrgang.

Der Meineidsprozeß in Leipzig.

Das Urteil: 6 Monate Gefängnis.

SPD. Leipzig, 24. Juli. (Eig. Drahtber.)

Nach fast 2½stündiger Beratung verkündete der Präsident des Staatsgerichtshofes folgendes Urteil: Die Angeklagte wird wegen Begünstigung in Tateinheit mit Meineid zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung wird hervorgehoben, daß die Verantwortung für das schwere Verbrechen auf jene fällt, die in frivoler leichtfertiger Weise ihr Opfer ins Verderben stürzten. Dieser Umstand wurde auch neben dem Widerruf der geschworenen falschen Aussage als strafmildernd in Betracht gezogen. Der Antrag der Verteidigung auf Haftentlassung wird abgelehnt, da nach Lage der Verhältnisse die Fortdauer der Haft zum Zwecke der Ermöglichung des Strafvollzuges notwendig erscheint.

*

Aus den Aussagen des Oberpräsidenten Noske in der Verhandlung am Montag ist noch folgendes nachzutragen: In der Zeit nach der Revolution sei bei den Offizieren immer wieder die Idee einer Diktatur aufgetaucht und alle möglichen Leute hätten Noske angeraten, sich zum Diktator aufzuschwingen. Auch Ehrhardt war ein Anhänger dieser Diktatur gewesen, ebenfalls Lüttwitz, der sie mindestens sechsmal mit Noske erörterte. Was Ehrhardts Haltung im Kapp-Putsch anbetreffe, so sei gar keine Frage, daß er niemals der Ueberzeugung sein konnte, korrekt zu handeln, wenn er die Anweisungen Lüttwitz' befolgte. Ehrhardt war darüber aufgeklärt, daß Lüttwitz beurlaubt war und nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren sollte, daß er also auch nicht mehr sein Vorgesetzter war. Tatsächlich hat Ehrhardt auch damals dem Vertreter des Reichswehrministers die Versicherung gegeben, daß er die Anweisungen der Regierung und des Reichswehrministeriums streng befolgen werde. Ehrhardts Vormarsch auf Berlin ist — nach Auffassung Noskes — nicht als eine militärische Meuterei zu betrachten von Soldaten, die schlecht bezahlt oder schlecht verpflegt wurden, sondern sein Unternehmen war rein politisch und richtete sich gegen die Reichsregierung. Auch zugegeben, daß Ehrhardts politische Schulung nur mäßig war, so sei er doch kein solcher Trottel gewesen, um das Kapp-Putsch-Unternehmen nicht bis ins Letzte zu durchschauen. Ehrhardts Unternehmen sei Hochverrat in Reinkultur gewesen. — Oberreichsanwalt Ebermeyer: Herr Oberpräsident, Sie hatten doch den Admiral von Drotha zu Ehrhardt geschickt und Drotha war doch der unmittelbare Vorgesetzte Ehrhardts. Weshalb hat er Ehrhardt den Vormarsch nicht einfach verboten? — Zeuge Noske: Das ist mir ebenso unverständlich wie die Tatsache, daß Herr von Drotha als Kommandeur dem Untergebenen seine Ankunft vorher telegraphisch anzeigte.

Der nächste Zeuge ist Hauptmann der Reichswehr Hansen, seinerzeit Generalstabsoffizier bei Ehrhardt. Er hatte Ehrhardt von dem Putsch abgeraten. Dieser verbot ihm jedoch ausdrücklich, von dem bevorstehenden Kapp-Putsch etwas bekanntwerden zu lassen. Ausführlich schilderte der Zeuge den Vormarsch der Brigade Ehrhardt nach Berlin, sowie die Tatsache, daß Vertreter der Schutzpolizei Ehrhardt die Versicherungen abgaben, daß die Schupo nicht schießen würde. Ehrhardt habe dann später bei den Verhandlungen über die Liquidierung des Kapp-Unternehmens die Amnestie für seine Person abgelehnt. — Hauptmann der Reichswehr Volkmar, früher Generalstabsoffizier bei v. Lüttwitz, sagt aus, daß Ehrhardts Bestreben gewesen sei, möglichst viele seiner Leute in das neue Heer zu überführen. Den Truppenteilen sei die Beurlaubung von Lüttwitz nicht bekanntgegeben worden. Nur die Führer der einzelnen Wehrkreiskommandos seien darüber aufgeklärt worden und über die Tatsache, daß Lüttwitz einen Putsch vorhabe. Bei der Unterredung Ehrhardts mit den Generalen von Oldershausen und Oven in Döberitz habe Ehrhardt sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß er das Unternehmen hinter ihren Rücken eingeleitet habe, er könne aber nicht mehr zurück, da er sich Lüttwitz gegenüber gebunden habe. General v. Oldershausen beschwor Ehrhardt, von dem Unternehmen zu lassen. Am Schluß jener Unterredung habe Ehrhardt folgende Forderungen aufgestellt: Neuwahl des Reichspräsidenten durch das Volk, Errichtung einer Regierung auf breiter Grundlage, Wiederverwendung des Generals v. Lüttwitz, Einsetzung eines militärischen Kriegsministers, Amnestie für Führer und Mannschaften, die an dem Vormarsch beteiligt waren.

General v. Oldershausen (seinerzeit Chef des Reichswehrtruppenkommandos I): Ich wußte ungefähr von dem Vorhaben des Generals v. Lüttwitz und suchte ihn auf, um ihn zu bitten, sich nicht weiter mit Kapp einzulassen. Als ich von dem Vormarsch nähere Nachricht bekam, ordnete ich den Schutz des Regierungsviertels an. Dann bin ich nach Döberitz gefahren und verlangte Ehrhardt zu sprechen. Er selbst sagte mir, er sei schon vor fünf bis sechs Admiralen und Generalen ohne Erfolg ersucht worden, von seinem Unternehmen abzulassen. Vorsitzender: Haben Sie denn dem Kapitän nicht unter die Nase gerieben, daß Sie sein Vorgesetzter sind, und daß er sich in Arrest zu begeben hätte? Zeuge: Ehrhardt hätte mir einfach nicht gehorcht. Dazu kam, daß die grüne Polizei mit Ehrhardt sympathisierte. Nach dem Scheitern meiner Mission fuhr ich in die Kabinettssitzung zum Reichswehrminister Noske. Er war der Ansicht, man solle den „Spuk" mit Maschinengewehren verjagen. Ich sagte zu ihm: Dieser Ausspruch macht Ihrem militärischen Empfinden alle Ehre, aber Sie dürfen mir glauben, daß zwar dort, wo Sie gerade stehen, geschossen wird. Aber rechts und links von dieser Stelle wird man nicht schießen; schließlich wird man uns von hinten totschlagen. Da auch General v. Seekt der Ansicht war, daß man am Brandenburger Tor nicht mit blauen Bohnen manövrieren könne, ist der Widerstand in Berlin aufgegeben und sind die eingesetzten Truppen zurückgezogen worden.

Nachdem am ersten Verhandlungstag noch Oberstleutnant v. Bock und General a. D. von Hülsen vernommen waren, wurde die Verhandlung auf Dienstag vertagt. Da von allen Seiten auf weitere Beweismittel verzichtet worden war, wurde die Beweisaufnahme geschlossen und

Oberreichsanwalt Ebermeyer

hielt seine Anklagerede: Die Herren Ehrhardt und Liedig haben es vorgezogen, sich ihrer Bestrafung durch die Flucht zu entziehen. Diese Leute, denen man in anderen Verhältnissen Mut nicht absprechen kann, besitzen nicht die Zivilcourage, sich den Gerichten zu stellen, wenn sie sich für ihre Tat verantworten sollen. Als einziges Opfer bleibt die Prinzessin von Hohenlohe wegen ihrer von A bis Z erlogenen Aussage vor dem Untersuchungsrichter; deshalb hat sie sich wegen Falscheides zu verantworten. Wegen religiöser Bedenken verweigerte sie anfangs den Eid, um zunächst mit ihrem Beichtvater zu sprechen. Dieser Beichtvater ist niemand anders gewesen als Ehrhardt, dem wahrhaftig alle Eigenschaften zu diesem Amt fehlen. Die Prinzessin ist einem Riesenschwindel zum Opfer gefallen. Sie wurde belogen und hat vor dem Untersuchungsrichter einen klipp und klaren Meineid geschworen. Auf ihre Art von Verteidigung mit dem neuen Menschen v. Eschwege trifft zu, daß es Dinge in der Welt gibt, die so dumm sind, daß man gegen sie nicht ankämpfen kann. Diesen Unsinn kann die Prinzessin nicht für voll genommen haben, denn sie ist schließlich nicht ein weltfremdes Gänschen. Der Prinzessin wird auch Begünstigung des Hochverräters zur Last gelegt: sie wollte einen Menschen, der sich sehr strafbarer Handlungen schuldig gemacht hatte, der Strafe entziehen. Denn Ehrhardt hat sich des versuchten Hochverrats schuldig gemacht, und die Prinzessin hat den Hochverräter begünstigt. Sie ist also wegen Meineids in rechtlichem Zusammenhang mit Begünstigung zu bestrafen. Mit Ehrhardt treiben weite Kreise einen Heroenkultus, wie wir aus den Drohbriefen ersehen, die wir täglich bekommen, weil wir unsere Pflicht gegen Ehrhardt tun. **Das Bild Ehrhardts hat durch den Meineid vor dem Untersuchungsrichter einen häßlichen Flecken bekommen.** Am schwersten wiegt sein Verhalten gegenüber der Prinzessin. **Statt sie vor dem Meineid zu bewahren, übte er eine Gewissenlosigkeit und Frivolität, die nur übertroffen wird durch seine Flucht zehn Tage vor der Verhandlung, durch die er die arme Prinzessin in der Patsche sitzen ließ.** — Der Reichsanwalt beantragt zum Schluß acht Monate Zuchthaus und Umwandlung in ein Jahr Gefängnis. Die beiden Verteidiger plädieren auf Freisprechung, da die Prinzessin nicht in dem Glauben sein konnte, daß Ehrhardt ein Hochverräter sei. Ihre Aussagen seien höchstens als fahrlässig zu betrachten. — Daraufhin zog sich der Staatsgerichtshof zur Urteilsbildung zurück.

*

Ehrhardt.

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

Das Urteil gegen die Prinzessin Hohenlohe-Oehringen ist gefallen. Der Gerichtssaal leert sich. Der erste Akt der Ehrhardttragödie ist erledigt. Das Gericht hat Milde walten lassen, weil die Prinzessin die Verführte Ehrhardts war. Dort, wo die Prinzessin stand, hätte Ehrhardt stehen müssen, der geflohen ist und die Prinzessin im Stiche ließ. Oder der Student und ehemalige Offizier Liedig, dessen Aufenthaltsort man nicht kennt. Oder der große „nationale" Führer aus München, Prof. Dr. Schlösser, der im Schlafrock und in Filzpantoffeln in München geblieben ist und für sich die Schlacht in Leipzig widriger Umstände wegen vertagt hat. Keiner von ihnen war in Leipzig dabei.

Der deutsche Dichter Lessing, der in dem Juden Nathan ein großes Menschheitsideal gezeichnet hat, schuf in dem Major Tellheim auch das Ideal des preußischen Offiziers: selbstlos, human, ehrenhaft bis in die kleine Fußspitze. Er flieht vor seiner Verlobten, als es ihm schlecht geht. Weil er ihr Geschick nicht an sein ärmliches Dasein, das des verstümmelten, verabschiedeten und notleidenden Offiziers binden will. Er ist aber sofort und mit Freuden bereit, sein Geschick mit dem ihrigen zu verbinden, als er, durch Frauenlist getäuscht, annehmen muß, seiner Verlobten ginge es schlecht. Er ist bereit, alles das, was noch in ihm, für sie zu opfern, um seine Pflicht ihr gegenüber zu erfüllen. Von diesem Holz ist Ehrhardt nicht. Er hat sich nicht wie ein Tellheim betragen. Er ist alles andere als das Idealbild eines Mannes. Wenn am Dienstag der Vertreter der Anklage in Leipzig, Dr. Ebermeyer, der sich scharf gegen Ehrhardt wandte, ausgeführt hat, daß man dem militärischen Leiter des Kapp-Putsches persönlichen Mut nicht absprechen könne, so stimmt das nicht. Ehrhardt ist geflohen, um seine eigene Haut in Sicherheit zu bringen. Er saß in dem Augenblick, als das Gericht den Stab über die Prinzessin brach, weit vom Schuß. Nach seiner Flucht erfolgte die Verhaftung der Prinzessin. Persönlicher Mut, ein Mann vom Holze Tellheims hätte jede Möglichkeit benutzt, sein Geschick in Leipzig mit dem der Prinzessin zu verbinden. Er hätte vor dem Forum in Leipzig die Prinzessin ausgelöst. Und kostet's Kopf und Kragen. Das wäre Tellheims Art. Das ist deutsche Art. Aber nicht Ehrhardts Art, wie ja auch diejenigen, die es mit Ehrhardt während seiner Untersuchungshaft zu tun gehabt haben, bezeugen, daß er sich seinen Spießgesellen gegenüber unfair und feig benommen hat. Er ist kein Klaus Störtebecker, der an seinen Tod die Bedingung knüpft, daß allen seinen Raubgesellen, an denen er noch mit abgeschlagenem Kopf vorbeigehen könne, die Freiheit wiedergegeben werde. Nein, er ist ausgesprochener Egoist, der, als ihm ein alter Kamerad, der Korvettenkapitän a. D. Haase, Lebensmittel ins Gefängnis bringt, diesen schroff und brutal anfährt, weil einmal die Butter im Liebesgabenpaket fehlte.

Vor den Schranken des Gerichts steht aber naiv und verschüchtert die Prinzessin. Was Tellheim nie fertig gebracht hätte. Naiv und verschüchtert. Sie hat eine Aussage beschworen, die von A bis Z erlogen ist. Sie steht in völliger Hörigkeit zu Ehrhardt. Sie wollte in München auch nicht beschwören. Sie wollte erst ihren Beichtvater fragen. Dieser Beichtvater aber ist Ehrhardt. Dieser ist jesuitischer als der große Ignatius. Weil Kapitän Ehrhardt einen anderen Namen angenommen hat, deshalb ist Ehrhardt tot. Sein Einfluß auf die Prinzessin, die strenge Katholikin, geht so weit, daß der Mann an die Stelle fest von Kindheit an eingeprägter Begriffe tritt. So schwört sie. Der Schuldige an diesem Meineid ist Ehrhardt, der sie verläßt. Schlimmer konnte eine Frau nicht getäuscht werden. Die Zitrone ist ausgepreßt. Sie fliegt in den Abfall.

Man muß sich fragen, ob sich Ehrhardt keine Gedanken gemacht hat, als er die Prinzessin zum Meineid verleitete. Gewißlich. Aber der Mann, der ungehindert in München sein Wesen trieb, dessen Spießgesellen einen republikanischen Minister nach dem andern abknallten, war sich der Reaktion in Deutschland so sicher, daß er wohl nicht annahm, daß man eines Tages gegen ihn und die Prinzessin vorgehen konnte. Als das doch geschah, als die Republik zum Gegenschlag ausholte, da zeigte sich die ganze Erbärmlichkeit dieses Mannes. Tellheim wollte nicht, weil er ein ganzer Mann war, daß sich Minna für ihn opferte. Ehrhardt brachte es fertig und opferte die Prinzessin. Frivol und gewissenlos, wie der Vertreter der Anklage in Leipzig festgestellt hat und wie es in den Akten des Gerichts steht und in aller Zukunft zu lesen sein wird. Drohbriefe, die das Gericht und die sozialdemokratische Presse infolge der Ehrhardt-Affäre erhalten haben, beweisen, daß es weite Kreise in Deutschland gibt, deren Philisterseele in Ehrhardt den deutschen Heros feiert. Sie mögen die Leipziger Akten nachlesen. Vielleicht unterziehen sie nach dieser lehrreichen Dienstagssitzung des Staatsgerichtshofes in Leipzig ihre Anschauung über Ehrhardt der notwendigen Korrektur.

Aus dem besetzten Gebiet.

SPD. Elberfeld, 24. Juli. (Eig. Drahtber.)

Eigenartige Zustände entwickeln sich in dem Städtchen Gerolstein im Trierer Bezirk. Durch Ausweisungen, insbesondere von Eisenbahnern, ist die ansässige Bevölkerung nahezu auf die Hälfte vermindert worden. Andererseits sind französische Eisenbahner so zahlreich untergebracht, daß sie nunmehr nahezu die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. Die Folge davon ist, daß die Geschäftswelt immer mehr dazu neigt, nur noch gegen Franken zu verkaufen. Durch die Ausweisungen war auch der Gemeinderat stark zusammengeschmolzen. Auf Anordnung des Kreisdelegierten mußten für die Vertriebenen Neuwahlen vorgenommen werden. Die Folge ist, daß die Mehrzahl dieses zwangsweise gewählten Gemeinderats sich aus Leuten zusammensetzt, die dem französischen Kreisdelegierten ergeben sind. Dieser nimmt auch an allen Sitzungen dieses fragwürdigen Gemeinderats teil. — In Essen wurden das Telegraphenamt und das Hauptzollamt erneut von den Franzosen besetzt. Von den Stationen Aplerbeck, Brakel und Scharnhorst wurden zahlreiche beschlagnahmte Eisenbahnwagen abgefahren.

*

SPD. Münster, 24. Juli. (Eig. Drahtber.)

Am 21. Juli nachmittags versuchten zirka dreißig junge Leute aus Bochum bei Aplerbeck über die Grenze ins unbesetzte Gebiet zu gelangen. Hierbei wurde der 25 Jahre alte Wochnick und der 22 Jahre alte Ebert von französischen Posten angeschossen und anscheinend schwer verletzt; vier weitere Personen werden vermißt. Dem Rest gelang es, über die Grenze zu kommen.

*

Wir erfahren von zuständiger Stelle: Die drei früheren preußischen Schutzpolizeibeamten, die zu ihrer Vernehmung als Zeugen in dem wegen Erschießung des belgischen Leutnants Grafft gegen andere Schutzpolizeibeamte vor dem belgischen Militärgericht schwebenden Verfahren nach Aachen überführt worden waren, haben ihre Aussage vor der belgischen Behörde gemacht. Sie sind darauf in das unbesetzte Gebiet zurückgebracht worden.

Bekanntlich hat die Rechtspresse den Schritt des preußischen Innenministers, der nur zur Rettung der zum Tode verurteilten Schupoleute diente, zu einer unerhörten Hetze gegen den Minister Severing benutzt und behauptet, die Beamten wären dem belgischen Kriegsgericht zur Aburteilung ausgeliefert worden.

Die Reichsbank gibt nach.

Infolge der neuen Taktik der Reichsbank, die Devisenkurse der Parität des Auslandes anzugleichen und der Ankündigung des Reichswirtschaftsministers, die die Reichsbank ermächtigt, Devisengeschäfte in ausländischen Zahlungsmitteln und Dollarschatzanweisungen ohne Einhaltung der Einheitskurse abzuschließen, wodurch ein weiterer Grundsatz der Verordnung gegen die Devisenspekulation umgestürzt wird, gingen am Dienstag die amtlichen Notierungen zum Teil sogar über die Parität der ausländischen Markkurse hinaus. Es wurden notiert: London mit 1 900 000 bei einer 12prozentigen Zuteilung, Amsterdam mit 162 400 bei 7proz. Zuteilung und Neuyork mit 414 000 bei 10proz. Zuteilung. Angesichts der erhöhten Preise für ausländische Devisen flaute der künstlich aufgebauschte Bedarf ab. Einige lebenswichtige Industrien, wie z. B. die Fettindustrie, erhielten wesentlich größere Devisenbeträge als die übrigen inländischen Käufer.

Poincares falsche Rechnung.

Das englische Reparationsdokument soll zwischen Paris und Brüssel zunächst schriftlich erörtert und dann erst durch eine mündliche Aussprache zwischen Poincare und Theunis abgeschlossen werden, wenn völlige Einigung erzielt worden ist. So wird voraussichtlich die franco-belgische Antwort am 3. August, wie man das in London gewünscht haben soll, nicht erfolgen. Die Auffassung in Paris über den englischen Antwortentwurf ist durch eine Rede Poincares in Villers-Cotterets annähernd gekennzeichnet worden. Wenn auch Poincare vorsorglich erklären ließ, daß er sich nicht auf das englische Dokument beziehe, so ist doch zum mindesten durch die Rede festgestellt worden, **daß Poincare finanzielle Nachprüfung und internationale Sachverständige für überflüssig hält.** Der Eindruck wird verstärkt, daß Poincare die Angelegenheit auf die lange Bank zu schieben versucht, indem er auf die Kapitulation der Ruhrbevölkerung hofft. Es ist gewiß kein Zufall, daß die periodische Wiederkehr der Denkmalseinweihung in Frankreich verbunden mit einer Redeäußerung des französischen Ministerpräsidenten, mit dem Erlaß der Rheinland-Kommission zusammenfällt, die das moralische und materielle Eintreten für den Widerstand der Ruhrbevölkerung mit schwersten Strafen belegt, indem er den Versuch der belgischen Besatzungsbehörde, zuerst angewandt in der alten belgischen Zone, die Zahlungen an die Arbeitslosen zu unterbinden, nun in aller Form auf das Einbruchsgebiet ausdehnt. Welche Rolle der englische Vertreter in der Rheinlandkommission gespielt hat, ist nicht bekannt. Sie wird kaum anders gewesen sein als bei ähnlichen Veranlassungen.

Die Rechnung Poincares ist falsch. Selbst wenn er sie doch mit dem Wirt gemacht hätte, selbst wenn es ihm gelingen würde, Friedhofsruhe im Ruhrgebiet zu schaffen, selbst wenn er die Okkupation auf die Spitze treiben würde und durch die schärfsten Repressalien, wie die der Unterbindung der Arbeitslosenunterstützungen, die für den größten Teil der arbeitenden Massen im Ruhrbassin die Hungersnot bedeutet, die Bevölkerung zwänge, durch irgend ein kaudinisches Joch zu kriechen, so würde er das Ruhrpfand nicht produktiv machen. Er rechnet nicht mit der Psyche der Bevölkerung, deren Einfluß auf die Produktion und Prosperität der rheinisch-westfälischen Wirtschaft wir kennengelernt haben, als der Zusammenbruch im November 1918 und der Kapp-Putsch, infolge der hervorgerufenen geistigen Unrast in der Bevölkerung, die tägliche Arbeitsleistung des Bergmanns, des Feuer- und Fabrikarbeiters unheilvoll reduzierte, und als die Ueberwindung der Kriegsfolgen in den Zwischenperioden bei verhältnismäßig ruhiger Lage der deutschen Innen- und Außenpolitik sich diese kräftig hob. Das Ruhrgebiet wird niemals produktives Pfand, niemals seine Hilfsmittel für die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete in Frankreich nutzbar machen können, wenn an der Emscher, an der Ruhr und an der Lippe ein Vulkan brodelt, dessen Ausbruch täglich erfolgen und jede wirtschaftliche Tätigkeit vernichten und für Jahre in ihrer Ergiebigkeit zurückschleudern kann. Man hat oft gesagt, man könne mit Bajonetten keine Kohle fördern und keine Kohle verkoksen. Wenn Poincare hartnäckig seine Gewaltpolitik fortsetzt, werden die Kriegsgebiete seines Landes, deren Bevölkerung nach Wiederherstellung schreit, die Wahrheit dieses Ausspruches beweisen.

Belgien will nicht vermitteln.

TU. Prag, 25. Juli.

Berichte aus Brüssel und Paris besagen, daß die nach außen so stark betonte Einigkeit Frankreichs und Belgiens in der Reparationsfrage in Wahrheit nicht besteht, daß vielmehr damit gerechnet werden muß, daß die Regierungen von Paris und Brüssel getrennte Antworten an die englische Regierung richten werden. Die belgische Regierung hat in Paris wissen lassen, daß eine Vermittlung ihrerseits nicht möglich sei, und daß es am besten wäre, wenn Poincare persönlich mit den englischen Staatsmännern verhandeln würde.

Der Friede von Lausanne.

Der Friedensvertrag, der am Dienstag nachmittag in Lausanne unterzeichnet wurde, enthält außer dem eigentlichen Friedensvertrag vier Sonderabkommen und zwölf Protokolle bezw. Erklärungen. Das Protokoll über die Konzessionen, das die Lage der Erwerbsgesellschaften ausländischer und türkischer Art mit ausländischem Kapital, vor dem Krieg schon bestehend, regelt, bestimmt, daß die Konzessionen aufrechterhalten werden. Ein besonderes Protokoll verpflichtet England und Frankreich zur Zurückziehung der Truppen und Kriegsschiffe aus Konstantinopel, Gallipoli und den Meerengen binnen sechs Wochen nach der Ratifizierung durch Angora. Das Recht der freien Durchfahrt durch die Meerengen für Handels- und Kriegsschiffe Englands, Frankreichs und Italiens wird bereits vor Inkrafttreten der Meerengen-Konzession gesichert. Der Vertreter Südslawiens wird den Friedensvertrag nicht unterzeichnen, weil Südslawien die neue Regelung der türkischen Schuld nicht anerkennt.

Nationalistischer Pöbel.

Ausschreitungen der verhetzten Studentenschaft.

Unerhörte nationalistische Ausschreitungen der akademischen Jugend von heute haben sich in diesen Tagen in Göttingen, dem Boden der Deutschen Studentenschaft, abgespielt. Zwei Pazifisten Theologie-Studenten, die dem Christlichen Versöhnungsbunde angehören, weilten mit dem amtlichen deutschen Paßvisum versehen, vergangene Woche in Marburger theologischen Kreisen. Die französischen Gäste sind ausgesprochene Gegner der zurzeit geübten französischen Gewaltpolitik. Sie wollten Fühlungnahme mit den ihren Gesinnungen nahestehenden deutschen Kreisen gewinnen und so eine Lösung der Spannung durch eine wahrhafte Verständigung zwischen den beiden Ländern anbahnen. In Marburg konnten sie ungestört für ihre Idee wirken. Aufnahme gewährte ihnen dort der Privatdozent der Theologie Pieper, in dessen Wohnung auch Besprechungen mit geladenen Theologen stattfanden. Aber auch unter diesen Jüngern Christi befand sich ein Judas, der Verrat und Verleumdung beging. Denn tags darauf prangten an den verschiedenen Stellen der Universitätsstadt handgeschriebene Plakate mit der Ueberschrift: „Franzosen in Göttingen!" In diesen Anschlägen, die von Lügen und Verdächtigungen strotzten, wurde die Studentenschaft aufgefordert, das Verbleiben der deutschen Theologen nicht zu dulden, sondern die Franzosen aus der Wohnung des Privatdozenten zu holen. Tatsächlich zog ein Haufe Studenten, Mitglieder des Jungdeutschen Ordens, des Hochschulringes deutscher Art und der Göttinger Gesellschaft adeliger Studenten, etwa 100 Mann stark, vor die Wohnung Piepers, um dort sie die Franzosen gewaltsam herauszuholen. Die Polizei ließ sich nicht sehen. Der Privatdozent und seine Gäste mußten der Uebermacht weichen. Mit Vernunftgründen konnte man nämlich diesen Rüpeln der Bildung nicht kommen. Ihr Einwand: Wir sind keine Christen, wir sind Deutsche! Sie zwangen die Franzosen, entblößten Hauptes, ihr Gepäck tragend, zu Fuß zum Bahnhof zu gehen. Inmitten einer johlenden Menge. Auf dem Bahnhof zwang man die beiden Theologen, Fahrkarten 2. Klasse zu lösen. Dafür sollten sie im Gepäckwagen Platz nehmen. Das verhinderten Eisenbahner. Ein Teil des akademischen Mobs fuhr indes bis nach Kassel; erst dort griff die Schutzpolizei ein und machte dem Skandal ein Ende. In Göttingen sprach derweilen eine Abordnung bei dem Privatdozenten der Theologie vor, um ihm die „tiefste Mißachtung" auszusprechen. Zudem erschien tags darauf in dem nationalistischen „Göttinger Tageblatt" ein blutrünstiger Aufruf zur Selbsthilfe der Studentenschaft gegen den „Landesverräter" Pieper.

Das Unglaublichste ist, daß sich dieser bübische Exzeß einer hirnverbrannten Studentenschaft gleichzeitig zu einem Justizskandal auswächst. In Göttingen fand sich nämlich tatsächlich in dem Assessor Jünemann ein Staatsanwalt, der den jungdeutschen Helden Gehör schenkte und auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 3. Mai die Verhaftung des Privatdozenten verfügte. Denn dieser famose Vertreter der republikanischen Justiz brachte es fertig, dem Privatdozenten „Beherbergung von Spionen" unterzuschieben. Dabei liegt eine einwandfreie Schilderung des Marburger Professors Dr. Rade über den Zweck der Reise der französischen Theologen vor. Weiter waren diese Pazifisten und internationalen Friedensfreunde im Besitze aller ordnungsmäßigen Papiere für eine Durchreise durch Deutschland nach Dänemark. Der ganze Vorgang stellt ein betrübendes Bild der geistigen Verrohung weiter Kreise der sogenannten gebildeten Schicht unseres Volkes unter den Einwirkungen der außenpolitischen Lage dar. Getreu dem nationalistischen Wahnsinn Poincares und seiner Gefolgschaft bemüht sich auch diese Art deutsche Akademikerschaft, das letzte in Scherben zu schlagen, was entfernt eine außenpolitische Entspannung anbahnen könnte. Und um das Maß voll zu machen, spielt sich ein Staatsanwalt als Beschützer und Verfechter dieser Geistesrichtung auf.

Gegen Cuno!

SPD. Breslau, 23. Juli. (Eig. Drahtber.)

Die mittelschlesische Sozialdemokratie nahm am Sonntag in einer erweiterten Bezirksvorstandssitzung, an der auch ein Vertreter des Parteivorstandes, ferner der Oberpräsident und eine Anzahl von Abgeordneten teilnahmen, zu den Vorgängen in den letzten Tagen in Schlesien Stellung. Ein Referat des Landtagsabgeordneten Genossen Scholich wandte sich scharf gegen die bürgerliche Reichsregierung, die mit ihrer passiven Innenpolitik und Wirtschaftspolitik die eigentliche Urheberin der Teurungsunruhen sei. Einstimmig wurde nach lebhafter Aussprache eine Entschließung angenommen, die die Hungerpolitik der Reichsregierung für die Teuerungsunruhen verantwortlich macht und nochmals die dringende Forderung der Sozialdemokratie wie folgt zusammenfaßt:

„Sofortige direkte Verhandlungen mit den Gläubigermächten zur Beendigung des Ruhrabenteuers; Antrag der Reichsregierung auf Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vor der Herbsttagung; sofortige Maßnahmen zur Eintragung von Goldhypotheken zugunsten des Reiches auf landwirtschaftlichem Grund und Boden von über 100 Morgen, die zur Sicherheitsleistung für die Reparationsforderungen zu verwenden sind unter äußerlicher Beteiligung des Reiches an allen Industrieunternehmungen; wertbeständige Löhne und Steuern; umfassende Siedlungstätigkeit; Republikanisierung der staatlichen Sicherheitsorgane."

Die mittelschlesische Sozialdemokratie verlangt vom Parteivorstand und der Reichstagsfraktion, daß sie durch Verschärfung der Opposition gegen die Cunoregierung die Verantwortung der bürgerlichen Parteien für die gegenwärtige Lage klarstellen und jedes gesetzliche parlamentarische und außerparlamentarische Mittel zur Erreichung der genannten Ziele und zur Entlastung der Volksmassen vom Druck des Hungers anwenden.

Die Beitragsfrage wurde dahin geregelt, daß vorläufig 3000 Mark Wochenbeitrag von jedem männlichen und 800 Mk. von jedem weiblichen Mitglied gefordert wird und daß der Bezirksvorstand auf Grund der Löhne vierzehntägig die Beiträge neu regelt.

Vorsorge des Reiches gegen Unruhen.

TU. Berlin, 24. Juli.

Halbamtlich wird mitgeteilt: Der Reichsminister des Innern hat unter dem 19. ds. Mts. ein Rundschreiben an die Landesregierungen ergehen lassen, in dem auf die Möglichkeit von Zusammenstößen besonders am 29. Juli hingewiesen und ersucht wird, alle Maßnahmen zur Verhinderung von Störungen der Ruhe und Ordnung zu treffen. Ganz besonders wird auf die genaue Durchführung der reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen über das Waffentragen und Mitführen von Waffen in Versammlungen und Umzügen hingewiesen. Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Ruhe und Geschlossenheit im Innern gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt, ersucht der Reichsminister in dem Rundschreiben, von vornherein mit wirksamen Mitteln einzugreifen und nötigenfalls Versammlungen unter freiem Himmel für den 29. Juli überhaupt zu verbieten.

Einigung über die neue Goldanleihe.

Berlin, 24. Juli.

Die Besprechungen über die neue Goldanleihe sind heute zwischen Vertretern des Reichsfinanzministeriums der Reichsbank und der Großbanken fortgesetzt worden. Es ist eine Einigung zustande gekommen, die jedoch noch der Genehmigung der zuständigen Stellen bedarf. Es wird vorgeschlagen, der neuen Anleihe eine Laufzeit von 10 bis 12 Jahren zu geben und sie mit 5 Prozent zu verzinsen. Die Anleihe dürfte den Zeichnern etwas unter pari angeboten werden. Die kleinsten Stücke werden fünf Dollar oder 211 Goldmark betragen. Die Höhe der Anleihe steht noch nicht fest. Die Einlösung der Stücke erfolgt bei Fälligkeit ebenso wie die Einlösung der Zinsscheine in Mark auf Grund des Neuyorker Wechselkurses. An eine Garantie der Reichsbank wird anscheinend nicht gedacht.

Ärzte und Krankenkassen.

Die Einigungsverhandlungen zwischen Aerzten und Krankenkassen, die am Dienstag im preußischen Wohlfahrtsministerium stattfanden, haben zu folgendem vorläufigen Ergebnis geführt: Eine engere Kommission aus je vier Vertretern der Aerzte und der Kassen tritt am Mittwoch zusammen, um die eigentlichen Bedingungen für die Einigung zu formulieren. Danach begibt sich diese Kommission zum Reichsarbeitsminister, um die Reichsregierung zu bewegen, den Kassen in der Grundlohnfrage mehr Spielraum zu geben, damit größere Beiträge erhoben werden können; denn nur so können die Kassen ihren Verpflichtungen nachkommen. Das Ergebnis der Verhandlungen der engeren Kommission wird am Donnerstag der Hauptkommission im preußischen Wohlfahrtsministerium vorgelegt werden. So ist zu hoffen, daß doch noch eine Einigung zustandekommen wird, um den vertragslosen Zustand bis 1. August im Interesse der Kassenpatienten zu vermeiden.

Zum Antifaszistentag.

Der Parteivorstand schreibt uns:

Auf eine Anfrage, die Genossen aus dem Reiche an uns gerichtet haben, teilen wir mit, daß die Vereinigte Sozialdemokratische Partei mit dem von der Kommunistischen Partei auf den 29. Juli angesetzten Antifaszistentag nichts zu tun hat. Sie ist bei Ansetzung des Tages auch gar nicht gefragt worden. Daraus ergibt sich, daß die Organisationen in den Orten, in denen sie zur Teilnahme aufgefordert werden, die Teilnahme ablehnen und auch einzelne Genossen sich von der Veranstaltung fernhalten werden.

Die bayrische Sozialistenhetze.

SPD. München, 24. Juli. (Eig. Drahtber.)

Die sozialdemokratische Interpellation über das Ergebnis des Hochverratsprozesses Fuchs-Machhaus, vor allem die Kompromittierung sogenannter vaterländischer Persönlichkeiten, wie Rupprecht von Wittelsbach u.a., hat in den Kreisen der Bayrischen Volkspartei eine außerordentliche Erregung hervorgerufen. Selbst die „Augsburger Postzeitung", die sich seit langem bemüht, die Politik ihrer Partei der bösartigen Hetze zu entkleiden und die überhaupt eine Brücke hinüber zum Reichszentrum sein will, begibt sich — freiwillig oder auf Befehl — aller Sachlichkeit, wenn sie schreibt:

„Die Sozialdemokratie hat überhaupt kein Recht, sich über Verrat moralisch zu entrüsten. Ihr Pathos ist immer hohl und falsch. Fast 50 Jahre lang hat sie die ihr nachlaufenden Massen mit Verrat gespeist und sie systematisch zu Verrat erzogen, zu Verrat alles dessen, was geheim, dem einzelnen heilig und dem Vaterlande wichtig war. Das ganze Spitzeltum, das heute unser öffentliches Leben so vergiftet und unser Staatswesen korrumpiert, ist das ureigenste Werk der Sozialdemokratie und den Verräterzwecken entsprungen."

Und dann scheut sich das Blatt nicht, die Vorbereitungen Eisners für die Revolution 1918 (Eisner war bekanntlich bis Ende September 1918 eingekerkert) mit dem ehrlosen Hochverrat des Fuchs zu vergleichen, indem es schreibt:

„Herr Auer möge doch einmal nachforschen lassen, wie viel Hundert Millionen Goldmark Eisner vom September bis zum November 1918 in München zur Inszenierung und Finanzierung der Revolution ausgegeben hat. Eisners Revolutionsschatz war, wie jetzt feststeht, so groß, daß er heute nur nach Billionen berechnet werden kann. Hat der alles wissende Auer davon nichts gewußt? Er müßte das wissen, woher die ungeheuren Summen Eisners kamen, wer die Geldempfänger waren. Er kann vielleicht auch sagen, ob gar kein sozialistischer Führer oder späterer Minister etwas von den Geldquellen und den Geldausgaben Eisners gemerkt hat. Hat auch die sozialdemokratische Parteileitung Münchens gar nichts davon gemerkt? Woher stammte das Geld? Aus Deutschland oder aus dem Auslande? Einstweilen nur soviel darüber."

Ein solcher mit verleumderischen Angriffen gespickter politischer Kampf bedeutet selbst in Bayern etwas Ungewöhnliches. Wir zweifeln nicht, daß die verschleiert ausgesprochenen Behauptungen von zuständiger Seite eine unzweideutige Zurückweisung erfahren werden. Merkwürdig berührt es im übrigen, daß, nachdem bisher doch schon über drei Jahre seit dem Kapp-Putsch vergangen sind, dieses ungeheure Material gegen Eisner und vor allem gegen die Sozialdemokratische Partei erst heute ans Tageslicht gezogen und parteipolitisch ausgeschlachtet werden soll.

Der „Appetit" des Exkronprinzen.

Es steht heute außer Zweifel: der Exkronprinz hat sich durch das obsiegende Urteil für seinen prinzlichen Vetter Leopold, dem preußische Gerichte die Herrschaft Flatow-Krozanke auf Kosten des Freistaates Preußen und der preußischen Steuerzahler zuschusterten, veranlaßt gesehen, ein Gleiches zu tun und auch gegen den preußischen Staat zu prozessieren. Er will durch das Gericht sein Eigentum an dem Thronlehn Oels, oder vielmehr zunächst an dem Kernbesitz von Oels, dem Dominium Rathe, feststellen lassen und dem preußischen Staat das Heimfallsrecht absprechen. Nun steht das Obereigentum eines Thronlehns immer dem Staate zu und der jeweilige Lehnsherr war bisher mit dem Staatseigentum lediglich nach Grundsätzen des mittelalterlichen Rechts damit beliehen. Die Beleihung der Hohenzollern mit Oels ist sogar ganz jungen Datums. Bis 1884 war Lehnsträger der sogenannte Diamantherzog aus dem Hause Braunschweig-Lüneburg. Da er der letzte seines Stammes war, hatte man bereits im Jahre 1876 dem damaligen Kronprinzen Friedrich Wilhelm die Anwartschaft auf das Thronlehn Oels verliehen. Mit dem Tode des Braunschweiger Herzogs nahm der Kronprinz des deutschen Reiches und Preußens auch am 18. Oktober 1884 formell Besitz von Oels. Die Belehnung erfolgte durch Lehnsbrief vom 11. Februar 1885 an „Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit, den Kronprinzen des deutschen Reiches und von Preußen, Friedrich Wilhelm und höchstdessen fürstlichen Mannesstamm . . . auf ewige Zeiten und zwar dergestalt, daß dieses Lehn nach den Regeln der in unserem Königlichen Hause sowohl hausgesetzlich als reichs- und landesverfassungsmäßig bestehenden Primogeniturerbfolge auf den jedesmaligen nächsten Thronerben, mithin, wenn derselbe auf Grund jener Erbfolge auf den Thron als Deutscher Kaiser und König von Preußen berufen wird, auf den dann nach derselben Successionsordnung wiederum nächsten Thronerbfolger devolvieret und verfället werden soll".

Wir wollen zugeben, daß dieses zopfige Deutsch aus einer verstaubten kaiserlichen Amtsstube nicht gerade leicht zu enträtseln ist. Aber soviel ergibt sich doch klar aus diesem Lehnsbrief, daß nicht die Privatperson des damaligen Kronprinzen, unabhängig von seiner Stellung als Thronfolger, sondern vielmehr der jeweilige Thronfolger in dieser seiner staatsrechtlichen Eigenschaft mit dem Lehn bedacht wurde. Tatsächlich ist dieser Gesichtspunkt auch in den Vorverhandlungen noch ausdrücklich unterstrichen worden; man wollte mit der Belehnung die Dotation des jeweiligen Kronprinzen vermehren, indem man ihn in der Provinz noch besonders begüterte. Heute haben wir keinen Kronprinzen des Deutschen Reiches und Preußens mehr. Also liegt für jeden Einsichtigen die Frage ganz klar, daß auch keine Beleihung mit einem staatsrechtlichen Lehn mehr in Frage kommen kann, sondern daß das Lehn an den Obereigentümer, den Staat, zurückfällt. Diese einzig mögliche staatsrechtliche Auffassung hat das Gericht dem ehemaligen Kronprinzen zu bestätigen.

SPD. Am Dienstag stimmte der Steuerausschuß des Reichstages der Erhöhung der Biersteuer um das Fünffache zu. Bei der Neuregelung des Steuerabzuges ging der Ausschuß über die Regierungsvorlage hinaus und setzte statt des Dreifachen das Vierfache der bisherigen Abzüge für den Monat August fest. Danach würden die Abzüge von der 10prozentigen Lohnsteuer je 24 000 Mark für den Steuerpflichtigen und die Ehefrau betragen, 160 000 Mark für jedes Kind und 200 000 Mark zur Abgeltung der Werbungskosten.

Der Zusammenbruch der holländischen kommunistischen Partei.

(Von unserem Amsterdamer Korrespondenten.

SPD. Amsterdam, Juli 1923.

Die immer mehr wachsende Unzufriedenheit in der holländischen kommunistischen Partei ist endlich zu einem katastrophalen Ausbruch gekommen. Auch für das Ausland kann es interessant sein, die historische Abwicklung der Streitfragen in dieser übrigens in Holland vollkommen bedeutungslosen Partei zu erfahren. Um darin aber nicht zu weitläufig zu werden, beschränken wir uns auf die Hauptsache.

Seit einigen Monaten herrschte in der holländischen kommunistischen Partei wachsende Uneinigkeit und Entrüstung über die Taktik, der die Führung dieser Partei folgen und über die Mittel, die sie anwenden zu müssen glaubte. Plötzlich und ganz unerwartet kam diese Unzufriedenheit zum Ausbruch, als ein kommunistisches Mitglied des Amsterdamer Stadtrats, Colln, in einer Mitgliederversammlung der kommunistischen Parteiabteilung Amsterdam gründliche Beschwerden gegen den Parteivorstand äußerte. Zwei Tage später wurde dieses Mitglied durch den Parteivorstand aus der Partei ausgestoßen. Die Mehrheit der Amsterdamer Parteiabteilung widersetzte sich jedoch gegen diese diktatorische Handlung und als die Angelegenheit bekannt wurde, schloß die Mehrheit der Mitglieder in den meisten Parteiabteilungen sich Colln an.

Von Anfang an ist der Parteivorstand der Opposition gegenüber unmotiviert herausfordernd aufgetreten. Diese ging nun systematisch vor, nannte sich „Komitee für die dritte Internationale" und erklärte, die Handlungen des Parteivorstandes stehen im Widerspruch mit dem Geist und den Aufgaben der Moskauer Internationale. Hieraus ergibt sich, daß dieses Komitee sich also keinesfalls gegen die kommunistische Bewegung an sich richtet. Der Parteivorstand, besonders die Mitglieder Wijnkoop, de Visser, v. Ravnsteyn und Ceton forderten ausdrücklich die Auflösung des Komitees, wohingegen das Komitee öffentliche Anerkennung als Opposition und Gelegenheit für Bekanntgebungen im kommunistischen Parteiblatt verlangte. Darauf folgte „Massenausschluß" seitens des Parteivorstandes. An einem Tag wurden z. B. ungefähr 50 kommunistische Mitglieder, alle Anhänger der Opposition, aus der Partei gestoßen, u. a. auch zwei Parteivorstandsmitglieder, Bouwman und de Kadt.

Schließlich hat sich das „Komitee für die dritte Internationale" an das Exekutivkomitee in Moskau gewandt mit der Bitte einzugreifen. Der Bericht der Opposition an Moskau ist sehr interessant. Wir entnehmen ihm, um die kommunistische Partei zu kennzeichnen, folgendes:

„Falls die holländische kommunistische Partei unter der jetzigen Führung bleibt, wird es ihr, weder in der reaktionären, noch in einer kommenden revolutionären Periode gelingen, die Führung der holländischen Arbeiterbewegung zu erobern. . . . Es herrscht eine Art geistige Verwirrung in der holländischen kommunistischen Partei, demzufolge bleiben ihr die Arbeitermassen fern. . . . Das Jahr 1923 hat erst recht gezeigt, daß die holländische kommunistische Partei nicht imstande war, und auch niemals imstande sein wird, die Aufgaben zu erfüllen, die ihr als Sektion der kommunistischen Internationale obliegen."

Der Bericht tat seine Wirkung. Namens des Exekutivkomitee ist Radek nach Berlin gereist und hat dort eine Unterredung mit Vertretern der Opposition und des Parteivorstandes gehabt. Das erste Ergebnis der Verhandlungen war, daß dem kommunistischen Parteivorstand untersagt wurde, noch weitere Mitglieder aus der Partei zu schließen. Nur scheinbar hat der Vorstand diesem Verbot Folge geleistet, in Wirklichkeit hat er die „Reinigungsarbeiten" fortgesetzt. Nur wurden die Mitglieder nicht ausgeschlossen, sondern suspendiert.

Die Opposition, jetzt unter Führung von Bouwman und de Kadt, hat überdies einen Bericht mit sämtlichen Klagen gegen den Parteivorstand an das Exekutivkomitee in Moskau gesandt. Behufs Schlichtung der Differenzen sind Vertreter der Opposition (Sieuwertz van Reesema und de Kadt) und des Parteivorstandes (L. de Visser) nach Moskau entboten. Bis jetzt sind sie noch nicht zurückgekehrt, weshalb die dort gefaßten Entschlüsse noch nicht bekannt sind.

Volkswirtschaft.

Die Loslösung von der deutschen Währung.

Eine der traurigsten Folgen der Vernichtung der deutschen Mark ist, daß Landesteile, die infolge des Friedensvertrages mit Deutschland nur in losem Zusammenhang stehen, aber kerndeutsch sind, der deutschen Währung den Rücken kehren und damit ihre Zusammengehörigkeit mit dem Mutterlande weiter lockern. Jetzt hat der Freistaat Danzig Vorbereitungen zum Uebergang zu einer neuen Währung getroffen und entsprechende Vorschläge dem Völkerbund unterbreitet. Die neue Währung soll sich an das englische Pfund anlehnen, mit dessen Kurs am Weltmarkt die Danziger Währung in Uebereinstimmung gehalten werden soll. Das Pfund wird in hundert Gulden, der Gulden in hundert Heller geteilt. Die Konstruktion des Geldes ist insofern eigenartig, als die auf dem Dezimalsystem beruhenden Münzeinheiten, der Gulden und der Heller, für einen Staat mit großem Handels- und Gewerbebetrieb sehr klein sind. Die Geringfügigkeit dieser Werte läßt darauf schließen, daß sie sich nur als Scheidemünzen durchsetzen werden, daß aber die eigentliche Rechnungseinheit, das englische Pfund, das etwa 20 deutschen Goldmark und 24 romanischen Goldmünzeinheiten (Franken, Lires) entspricht, sein wird. Danzig ist bis heute den Elendsweg der deutschen Mark gegangen. Die Aufrechterhaltung der deutschen Währung war ein starkes Band, das den von Deutschland völkerrechtlich unabhängigen Staat wirtschaftlich an Deutschland fesselte. Es wurde noch befestigt durch die Bestrebungen der deutschen Wirtschaftspolitik, enge wirtschaftliche Beziehungen mit dieser altdeutschen, jetzt durch Friedensvertrag und polnischen Korridor von Deutschland getrennten Stadt aufrechtzuerhalten. Die Ausfuhrpolitik begünstigte selbst in den schwersten Zeiten die Versorgung Danzigs mit deutschen Lebensmitteln und Industrieprodukten und betonte so die Einheit Danzigs mit Deutschland. Jetzt kommt der wirtschaftliche Trennungsstrich trotz alledem und der Tag ist nicht mehr fern, wo die deutsche Mark für Danzig „fremde" Währung sein wird. Das wird natürlich auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen Danzigs zum Mutterlande von starkem Einfluß sein.

Aehnlich wie das deutsche Danzig jetzt sein Ausscheiden aus der deutschen Währung vorbereitet, ist vor einiger Zeit das Saargebiet zum Franken und später das Memelland zur litauischen Währung übergegangen. Ueberall machte sich gegen die Einführung der fremden Währung zunächst ein starker Widerstand der Arbeiterschaft geltend, der später aber durch zwingende wirtschaftliche Notwendigkeit — die durch den Niedergang der Mark gesteigert wurde — und durch den Druck der Besatzungsmächte überwunden wurde. Alle diese Grenzlandbezirke sind durch die Abkehr von der deutschen Währung wirtschaftspolitisch dem Mutterland mehr oder minder entfremdet worden. Daß es so kam, ist in erster Linie Schuld des Versailler Diktats. Mitschuld an der [illegible] Entwicklung sind aber alle die Prozentpatrioten, die das Deutschtum so oft im Munde führen, es aber unterlassen haben, durch aktive Währungspolitik und durch ausreichende Besitzopfer an den Staat den Sturz der Währung rechtzeitig aufzuhalten.

Devisen-Kurse.

Berlin, 25. Juli.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		24. Juli.	23. Juli.
Amsterdam	1 fl.	161094,—	136657,50
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	20418,50	17057,—
Kristiania	1 Kr.	67481,—	56658,—
Kopenhagen	1 Kr.	72419,—	61047,—
Stockholm	1 Kr.	109725,—	92568,—
Helsingfors	1 finn. Mk.	11770,50	9675,50
Rom	1 Lire	18054,50	15162,—
London	1 £	1895250,—	1596000,—
Neuyork	1 Dollar	412965,—	349125,—
Paris	1 Frs.	24738,—	20648,—
Zürich	1 Frs.	73715,—	61645,50
Madrid	1 Pesetas	55852,50	49875,—
Wien	100 Kr.	598,50	498,75
Prag	1 Kr.	12468,50	10473,50
Budapest	100 Kr.	29,92	31,91

Vermischte Nachrichten.

Ein Rieseneinbruch, wie er in den Annalen der Berliner Kriminalpolizei bisher kaum zu verzeichnen ist, wurde nachts in den Geschäftsräumen der früheren Hofjuweliere Rosenthal u. Sohn in der Friedrichstraße 69 ausgeführt. Den Einbrechern, die die Tat schon von langer Hand vorbereitet haben müssen, sind Schmucksachen im Werte von etwa 30 Milliarden Mark oder ungefähr 375 000 Goldmark in die Hände gefallen. Auf die Ergreifung der Täter hat der Geschäftsinhaber 100 Millionen Mark und auf die Wiederherbeischaffung der gestohlenen Kostbarkeiten 10 Prozent ihres Wertes ausgesetzt.

Sträflingsrevolte in Moabit. In der Irrenabteilung des Zellengefängnisses Moabit bei Berlin, in der sich gegenwärtig etwa 40 Gefangene zur Beobachtung ihres Geisteszustandes befinden, brach Montag abend kurz vor Mitternacht eine Revolte aus. Auf ein gegebenes Zeichen zerstörten die Gefangenen das gesamte Inventar und alle Fensterscheiben. Durch das Geschrei der Meuterer wurden die Gefangenen in der benachbarten Hauptabteilung aufmerksam und begannen gleichfalls einen ungeheuren Lärm. Die Haupträdelsführer, etwa 10 Mann, wurden in Einzelzellen gebracht, und es gelang die Revolte beizulegen, ohne daß es zu einer großen Gefahr gekommen wäre.

Die herzliche Umarmung. Vor einigen Tagen schritt ein Herr aus dem Abteil eines Eisenbahnzuges in Berlin, als eine junge Dame auf ihn zuhüpfte ihre Arme entzückt um seinen Nackenschlang, ihn vielmals küßt und sagte: „Ach, Papa, wie freue ich mich, daß du gekommen bist!" Der alte Herr umschlang sie mit beiden Armen und hielt sie an seiner Brust. Das junge Mädchen blickte auf und alsbald malte sich der Ausdruck des Entsetzens in seinen Augen. „Aber Sie sind ja gar nicht mein Papa!" stammelte es und suchte sich aus seiner Umarmung zu befreien. „Doch", sagte der alte Herr und hielt sie fest umschlossen. „Ich bin doch Dein Papa, Du bist mein langverlorenes Töchterlein und ich lasse Dich nicht eher los, als bis ich einen Polizisten zu sehen bekomme." Als der Polizist kam, fand er die Diamantnadel des alten Herrn in der Hand der jungen Diebin. --

Papst und Tänzerin. Die berühmte italienische Balletttänzerin Cerrito, die vor etwa 60 Jahren auf der Höhe ihres internationalen Ruhmes stand, hatte keinen sehnlicheren Wunsch, als vom Papst empfangen zu werden. Pius IX. war indessen nicht geneigt, diesen Wunsch zu erfüllen und er wies jahrelang alle Audienzgesuche der Tänzerin zurück. Schließlich hatten es die einflußreichen Freunde der Cerrito aber doch erreicht, daß der Papst sich bereit fand, die zudringliche Dame, von deren weltlicher Berufstätigkeit er ja nichts zu wissen brauchte, zu empfangen. Am Tage der Audienz war der Papst wegen der heftigen Gichtschmerzen, die ihn plagten, besonders schlechter Laune. Er zwang sich jedoch, gute Miene zum bösen Spiel zu machen und verwies die Schöne auf die Eitelkeit aller Weltfreuden, die Vergänglichkeit des kurz bemessenen Lebens und die unendliche Güte Gottes mit so erbaulichen und beredten Worten, daß die tiefbewegte Tänzerin mit den Worten: „Ach hätte ich doch den schönen Glauben Eurer Heiligkeit!" vor dem Papst zerknirscht auf die Knie sank. Gerade in diesem Augenblick verspürte der Papst in den Füßen einen brennenden Schmerz, der ihm den Stoßseufzer entlockte: „Ach ja, liebe Tochter, und wenn ich deine Beine hätte, dann wäre uns beiden geholfen."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Leber. Für Inserate: Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Die Axt im Hause

spart den Zimmermann, sagt Deutschlands Lieblingsdichter Schiller. Die praktische Hausfrau aber sagt: **Heitmann's Farbe spart den Färber.** Darum benutzt sie **nur** diese.

4517) **Färbe zu Hause mit Heitmann's Farben.**

Drei Soldaten.

Roman von Jon dos Passos

Aus dem amerikanischen Manuskript übersetzt von Julian Gumperz.

(Nachdruck verboten. Der Malik-Verlag, Berlin.)

56. Fortsetzung.

Alle klatschten wieder. Andrews schaute auf das Mädchen am nächsten Tisch, ihr Gesicht war rot vor Lachen. Sie hatte sich ein Taschentuch gegen den Mund gepreßt und sagte immerzu mit leiser Stimme: „O qu'il es drole, celuila . . . O qu'il est drole."

Heinemann nahm ein Glas Wein auf und schwenkte es in der Luft, ehe er es austrank, in einem Zuge. Einige standen auf und füllten es aus ihren Flaschen mit rotem und weißem Wein. Heinemann stand wieder auf und verbeugte sich mit rotem Gesicht wie eine Porzellanfigur und begann zu singen, feierlich und getragen:

Und ach und ach, sie hatten rote Lippen,
Und Hüften, die mußt er oft antippen,
Da hatte Sindbad Pein.

Sein untersetzter Körper bewegte sich mit im Rhythmus des Ragtimes. Die Frau in der Ecke hob ihre langen, weißen Arme und bewegte sich auf ihrem Stuhle im Rhythmus mit. „Die ist bestimmt eine Schlangenbeschwörerin," lachte Henslowe.

O, wilde Weiber liebten ihn,
Und wild ließ er die Weiber ziehn;
O, in der ganzen großen Welt, da hatte Sindbad Pein.

Heinemann schwenkte die Arme, zeigte auf Henslowe und sank in seinen Stuhl. Dann sagte er wie ein Shakespeareschauspieler: „C'est lui, Sindbad."

Das Mädchen verbarg das Gesicht im Tischtuch, von Lachen geschüttelt. Andrews konnte hören, wie sie mit ihrer kleinen, vor Lachen zitternden Stimme sagte: „O, quil est rigolo . . ."

„Eh bien, Jeanne, c'est de fischer le camp," sagte der französische Soldat zu dem Mädchen. Er stand auf und schüttelte den Amerikanern die Hände. Andrews schaute dem Mädchen in die Augen, sie begannen beide zu lachen. Andrews folgte ihr mit den Augen bis zur Tür und bemerkte, wie aufrecht und biegsam ihr Gang war.

*

Die Straßen waren voller Männer und Frauen, die zur Arbeit hasteten. Alles leuchtete, sah aus, als ob es gerade geputzt sei. Sie kamen an Bäckereien vorbei, aus denen der angenehme Geruch frisch gebackenen Brotes strömte. Aus Kaffees strich der Geruch gerösteten Kaffees. Sie durchquerten Märkte, auf denen schwere Handwagen hin- und hergeschoben wurden und Frauen mit schönen Marktitaschen voll Gemüsen dahingingen. Am Wasser lag der Nebel herum, dunstig und kalt und trieb das Blut in die Backen und die vor Kälte steifen Hände.

Das Badehaus war ein großes, breites Boot. Sie schritten hinüber über eine kleine Planke, auf der einige Geranientöpfe standen. Der Wärter gab ihnen zwei Zimmer nebeneinander auf dem unteren Deck, mit vor Dampf nassen Fenstern, durch die Andrews draußen das vorbeifließende grüne Wasser sehen konnte. Er legte seine Kleider schnell ab. Die Wanne war aus Kupfer, innen weiß verzinkt. Das Wasser strömte durch die Hälse kupferner Schwäne herein. Als Andrews in das heiße, grüne Wasser stieg, flog ein kleines Fenster in seiner Zelle auf, und Henslowes Stimme kärte zu ihm hinüber:

„Sprechen wir über die Annehmlichkeit des modernen Lebens. Man muß plaudern beim Baden."

Andrews rieb sich mit einem viereckigen Stück heller Seife ein und platschte im Wasser herum wie ein kleiner Junge. Er stand auf, seifte seinen ganzen Körper ein und ließ sich dann ins Wasser gleiten, das sich über den ganzen Boden ergoß.

„Du denkst wohl, du bist ein Sechund, der Vorstellungen gibt!" rief Henslowe.

„Es ist alles so widersinnig!" rief Andrews und begann sich vor Lachen zu schütteln. „Nicolaus Romanow lebt im Ritz-Carlton-Restaurant, und die Revolution ist auf übermorgen 12 Uhr mittags angesetzt."

„Ich möchte sie lieber am ersten Mai haben", antwortete Henslowe, im Wasser herumpatschend. „Ich werde Volkskommissar, und du kannst gehen und den Groß-Lama von Tibet revolutionieren."

„Oh, es ist alles so entzückend wahnsinnig!" rief Andrews hinüber und ließ sich ein zweites Mal in die Wanne gleiten.

2.

Zwei Militärgendarmen gingen draußen vor dem Fenster vorbei. Andrews beobachtete sie, bis ihre gelben, schweinsledernen Revolvertaschen außer Sicht waren. Er fühlte sich glücklich sicher vor ihnen. Der Kellner, der an der Tür mit einer Serviette unterm Arm stand, erhöhte sein Gefühl der Sicherheit, sodaß er lachen mußte. Auf dem Boulevard gingen einige Menschen eilig vorüber. Ein leerer Marktwagen fuhr laut ratternd vorbei. Auf einer Bank zählte eine Frau in einem schwarzen Strickschal und mit einem Bündel von Zeitungen auf den Knien ihr Geld in andächtiger Konzentration.

Andrews schaute auf die Uhr. Er hatte noch ungefähr eine Stunde Zeit vor der Universität. Er stand auf, bezahlte den Kellner, ging den Boulevard hinunter und dachte lächelnd an Seiten, die er geschrieben hatte, an Seiten, die er noch schreiben würde und war von einem Gefühl frohen Zufriedenseins erfüllt. Es war ein grauer Morgen, gelblicher Nebel lag in der Luft. Das Pflaster war feucht und spiegelte Frauenkleider und Beine und die Umrisse von Droschken wider. Ein Geruch von Veilchen traf Andrews, als er im Nebel an einem Blumenstand vorbeiging. Er erinnerte sich plötzlich, daß der Frühling nahte. In diesem Frühling werde ich nicht einen einzigen Augenblick vergeuden, sagte er zu sich selbst. „Man muß ihn Schritt für Schritt verfolgen, von dem ersten Veilchen an. Oh, wie intensiv muß man leben, um sich für all die vergeudeten Jahre schadlos zu halten."

Er ging weiter auf dem Boulevard. Er erinnerte sich daran, wie er und das Mädchen, das der Soldat Jeanne genannt hatte, zusammen gelacht hatten, als ihre Augen sich in jener Nacht in dem Restaurant trafen. Er wünschte den Boulevard mit einem Mädchen wie diesem auf und ab gehen zu können und im nebeligen Morgen zu lachen. Er wunderte sich, in welchen Teil von Paris er wohl kommen werde. Aber er war zu glücklich, um sich darum zu kümmern. Wie wundervoll lang waren die Stunden am frühen Morgen!

Er bemerkte, daß er an einem langen Gebäude mit glänzenden Fensterreihen vorbeiging, an dessen Haupteingang Gruppen rauchender amerikanischer Soldaten standen. Unbewußt beschleunigte er seine Schritte, in der Angst, einem Offizier, den man grüßen müsse, zu treffen. Er ging an den Soldaten vorbei, ohne sie anzuschauen. Eine Stimme hielt ihn zurück:

„Hallo, Andrews!"

Als er sich umwandte, sah er einen kleinen Mann mit lockigem Haar, dessen Gesicht, obschon bekannt, er nicht identifizieren konnte, und der jetzt auf ihn zuschritt.

„Hallo, Andrews! Dein Name ist Andrews, nich'?"

„Ja."

Andrews gab ihm die Hand und versuchte, sich zu erinnern.

„Ich bin Fuselli. Erinnerst du dich nicht? Als ich dich das letztemal sah, fuhrst du gerade in einem Zuge mit Chriesfield an die Front . . . Wir nannten ihn immer Chris, nich'? In Cosne. Erinnerst du dich nicht?"

„Natürlich."

„Wie geht's Chris?"

„Der ist jetzt Korporal," sagte Andrews.

„Donnerwetter. . . . Ich sollte auch mal Korporal werden."

Fuselli trug fleckige olivfarbene Hosen und schlecht gewickelte Gamaschen. Sein Hemd war am Hals offen. Aus seinem blauen Kittelsackett kam der Geruch ranzigen Fettes, den Andrews sofort erkannte: der Geruch von Armeeküchen. Sofort erinnerte er sich daran, wie er inmitten langer Reihen an kalten, dunklen Morgen gestanden hatte und an das Geräusch, das das Essen verursachte, wenn es in das Eßgeschirr hineingeschüttet wurde.

„Warum bist du denn nicht Korporal geworden, Fuselli?" fragte Andrews nach einer Pause mit gezwungener Stimme.

„Habe Dummheiten gemacht, nehme ich an."

Sie lehnten sich gegen die staubige Hausmauer. Andrews sah hinunter.

„Nun, wie geht's dir jetzt?" Andrews fragte und schaute plötzlich auf.

„Ich bin in einem Arbeitsbataillon. So geht's. Sehr unangenehm."

Andrews wollte fort. Er hatte plötzlich Angst, zu spät zu kommen. Aber er wußte nicht, wie abbrechen.

„Wurde krank", sagte Fuselli grinsend. „Vielleicht bin ich's noch. Sie behandeln einen hier wie Dreck . . ."

Eine Frau in einem hellblauen Hut ging vorbei. Andrews erblickte ein weißes, gepudertes Gesicht. Ihre Hüften zitterten auf und ab [illegible] Gelee unter ihrem blauen Rock, bei jedem schweren Tappen ihrer [illegible]hen Absätze auf das Pflaster.

„Die sie[illegible] wie Jenny aus. — Bin froh, daß sie mich nicht gesehen hat."

(Fortsetzung folgt.)

Bruno Wehage
Elfriede Wehage
geb. **Möller**
Vermählte.
Lübeck, 21. Juli 1923.
Für erwiesene Aufmerksamkeiten und für die vielen Glückwünsche herzlichen Dank.
4520) D. O.

Nach kurzer schwerer Krankheit starb meine liebe Frau, meiner Kinder treusorgende Mutter und Tochter (4530
Anna Bremer,
geb. Klempau
im Alter von 30 Jahren.
Tief betrauert von den Hinterbliebenen
Karl Bremer und Kinder.
Johs. Klempau.
Die Beerdigung findet am Sonnabend nachm. 4 Uhr von Klütnitz, Kolonie 179 aus statt.

Morgenmädchen
gesucht. (4532
Sporthaus Paul Gassmann,
Breite Straße 83.

Werkt. j. Frau sucht gering möbl. Zimmer evtl. m. Kochgel. Vollst. Bett u. Wäsche wird gehalten. Ang. u. **G 72** a.d.E. (4518

Älterer Mann sucht einfaches Logis. Ang. unter **G 75** an die Exp. d. Bl. (4528

1—2 leere Zimmer gei. eventl. geg. Hilfeleistung. Ang. unter **G 74** an die Exp. d. Bl. (4526

Jg. Ehepaar sucht leer. Zimm. m. Kochgel. (4531 Ang. u. **G 76** a. d. Exp.

---

1 Herren-Anzug mittl. Größe nach Maß gearbeitet. Preis 4 Millionen zu verk. Besichtigung v. 8-12 u. 1-4 Uhr. 4533) **Hüxstr. 77, I.**

Bl. Promenadenwagen zu verkaufen oder gegen Klappsportwagen mit Verdeck zu vertauschen. **Becker,** Brüderstr. 3. 4519)

Puppenwagen gesucht. Ang. mit Preis unt. **G 73** an die Exp. d. Bl. (4523

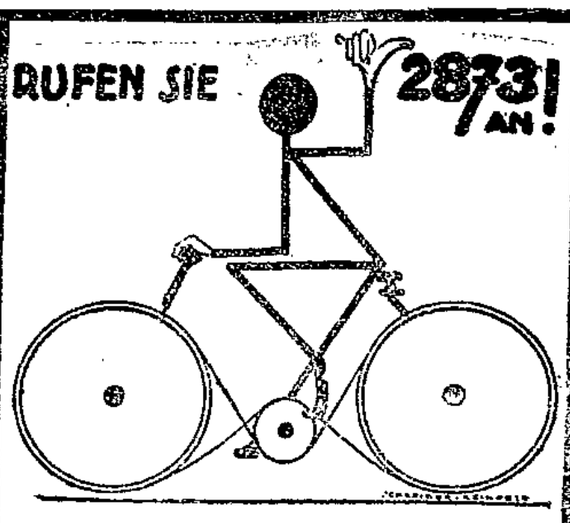
Ankauf von **Gold-, Silb.-Bruch, Platin.** (4511
Uhrmacher **Hübner, Fünfhausen 13.**

Leder
Lederausschnitt
Ersatzsohlen in haltbaren Fabrikaten
Alle Schuhmacher-Artikel
C. Grimm Nachfl.,
Lederhandlung und Schäftefabrik. (4509

Champignons, Pfefferlinge, Steinpilze,
ferner
Zeitungspapier u. Putzlappen
zum Ofenputzen kauft laufend zu besten Preisen
Paul Lohrmann
Fischkonserven und Feinkost-Fabrik.
zu melden: (4524
Wakenitzmauer 172.

Künstliche
Gebisse,
einzelne Zähne
kauft ständig
Goldschmied
Tollgreve
92 Königstraße 92
Kostenlose Auskunft.
4508

Visitenkarten
fertigt an die
Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.



Und schon bin ich unterwegs, hole Ihre kaputten Schuhe und bringe sie **sofort** wie neu zurück.

Reform-
Schuhwaren-Reparatur- und Stepperei
mit elektrischem Betrieb. 14055a
Robert Jentzen
50 Hüxstraße **50.**

Geschäftsbücher
Schreibblocks
Rechnungsblocks
Quittungsblocks
Kuverts
Klebemarken
Garderobenblocks
Kellnerbonsbücher
Tinte, rot u. schwarz
Leim, gute Qualität
Bleistifte, Kopierstifte
Federn, Federhalter
zu haben in der (3276
Buchhandlung Lübecker Volksbote.

Erich Schuster
Königstr. 91 **Lübeck** Fernspr. 3222
Schokoladen- und Kakao - Fabrikate
Ständiges Lager von Fabrikaten nur erster Häuser.
Verkauf nur an Wiederverkäufer. (4522

Alt-Eisen, alte Maschinen Dampfkess. j. Art Huf- u. Schmiedeeisen, Späne-, Schmelz-Gußbruch.
Alt-Metalle, Kupfer, Messing, Zink Blei, Staniol, Späne
L. Lissianski, Kanalstr. 21 Obertrave 19. Großhandel. Großhandel. Fernspr. 876.
Felle, Tierhaare, Papier usw. kaufe laufend ab jed. Ort jeden Posten. — Beste Absatzquelle für Händler, Klempner, Schmiede. **Fabrikationsbetriebe.**
4512

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

Deutscher Verkehrsbund.
Ortsverwaltung Lübeck.
Gemeinschaftliche
Mitglieder-Versammlung
am Donnerstag, dem 26. Juli,
abends 7½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. **Steuer- und Lohnpolitik.** Referent Genosse **Dr. Leber.**
2. **Abrechnung vom 2. Quartal.**
3. **Bericht vom Ortsausschuß.**
535) Die Ortsverwaltung.

Ablershorst. Jeden (4513) Donnerstag: **Ball**

Nur einige Tage! 4525
Lübeck Auf dem Burgfeld **Lübeck**
Carl Hagenbecks Menagerie auf Reisen
Tiere aus allen Weltteilen.
Eröffnung heute Mittwoch,
den 25. Juli, abends 6 Uhr.
Ab Donnerstag täglich von 10 Uhr an ununterbrochen geöffnet.
Hauptfütterung täglich 4½ Uhr nachm.
Dressurspiele ab 4 Uhr stündlich.

Luisenhof. Jeden Mittwoch u. Freitag **Tanzkränzchen**

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungs-Konzerte. 4514

Hansa-Theater.
Täglich 8 Uhr abends:
Der große Sensationserfolg (4515
Sherlock Holmes.
Detektivkomödie in 4 Akten v. Bozenhard mit **Emil von Dollen** in der Titelrolle.
Voranzeige.
Ab 1. August,
8 Uhr abends:
Gastspiel der Berliner Rotter-Bühnen
mit dem berühmten Kaiser Wilhelm-Bismarck-Drama
„Die Entlassung".

Café Bernhardt
Fackenburger Allee 9.
Täglich nachm. 4382) u. abds.: **Konzert.**

Lebensmittel.

Dampfbäckerei „Hansa"
Lübeck
J. C. D. Junge & Co.
Verkaufsstellen überall.

Reserviert
Jul. Böttcher
Nährmittelfabrik.

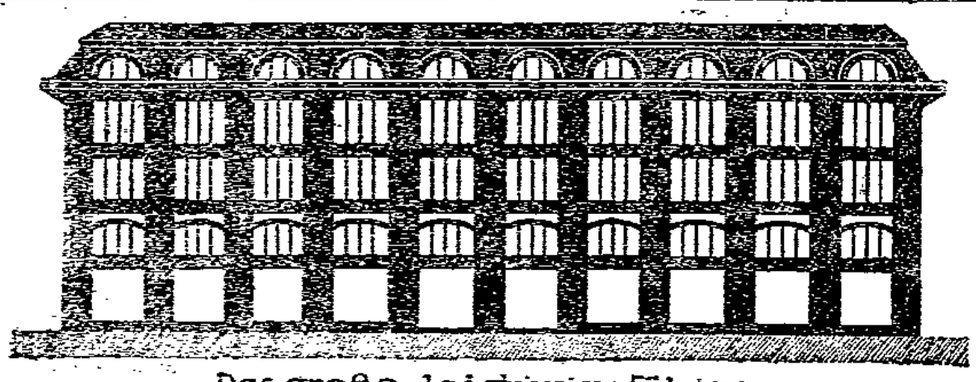
Hansa-Meierei
Fackenb. Allee 59a b. Fernr. 281 557

Reserviert für
Paul Erasmi & Co.
Konservenfabrik.

Reserviert für
Willi Franz Nehls
Lebensmittel-Großhandlung

Grützmühle Carl Moll
Tel. 324 u. 850 **LÜBECK** Alsheide 12/14
Futter für Hühner = Grützabfälle für junge Schweine = Garantiert reines Schrot zum Mästen
Umtausch von Getreide in Grütze, Flocken usw.

J. HÖPPNER
Groß-Destillation
Weinhandlung * Likörfabrik
Lübeck, Beckergrube 66
Fernsprecher 2247.



Das große leistungsfähige Kaufhaus für Jedermann
Holstenhaus
G.m.b.H. Lübeck

Geschäftliche Rundschau und Zeitungs-Dauer-Fahrplan Musterschutz

Abfahrt der Züge von Lübeck nach
Hamburg: 5⁵⁵, 7⁴⁰ *), 7⁴⁷, 9⁴³ D, 11⁰³, 1²⁶, 3⁴⁴, 4¹⁷, 7¹⁶ *), 7²², 8²⁰ D, 9³⁰ S, 9³⁵.
Travemünde-Niendorf: 5²⁷, 8⁰⁰, 9⁰⁰ S *), 9⁴⁷, 2⁰⁷, 4¹⁸ *), 6⁵⁸, 9²⁵ **).
Eutin: 7¹⁴, S 9⁴², 12⁰⁸, 2⁰⁰, 7²⁵.
Büchen: 5⁰⁰, 8⁰⁰, 1³⁰, 6⁰⁰. — **Segeberg:** 1³⁰ Werkt., 2¹⁰ Sonnt., 7³⁰.
Kleinen: 7¹⁵, 9²⁶ D, 9⁴² D, 12⁰², 5²⁴, 9²⁵.
*) nur im Juli und August.
**) im Juni Sonntags, im Juli und August täglich
(Ohne Gewähr. — Musterschutz.)

Lübecks größtes Spezialgeschäft
zeigt der Bevölkerung die Einkaufsquelle für Margarine
Lübecker Margarine-Centrale
Verkaufsstellen in allen Stadtteilen. **A. DREESEN.** Verkaufsstellen in allen Stadtteilen.

Wo kauft der Arbeiter Lübecks seine Lebensmittel
?
In der Feinkosthandlung von
Paul Burmester jun.
Holstenstraße 24 * Fernsprecher 3763
und in den Verkaufsstellen: **Meierstraße 21, Schwöneckenquerstr. 18, Holstenstr. 3, Wakenitzstr. 23.**

B. Glogner & Co.
Kanalstraße 32-34
Stahl, Eisen, Metalle, Schrott.

Ankauf! * Ankauf!
Lumpen, Knochen, Eisen, Metalle
Sämtliche Felle und Haare.
R. Lissauer, Produktenbörse,
Hartengrube 5. * Fernruf 3601.

F. Lissauer & Goldschmidt
en gros **Mühlenstr. 60** en détail
Eisen Metalle Lumpen Haare.

Aug. Lüders
Spezialgeschäft f. Strumpfwaren u. Wäsche.
Manufakturwaren — Wollumtausch
Hüxstraße 55.

L. Lissianski
Obertrave 19
Rohprodukte.

Törpers Produkten-Zentrale
Schwart. Allee 24/26 * Fernsprecher 1575
Beste Absatzquelle für Alt-Eisen, Metalle, Papier, Flaschen usw.

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Mittwoch, 25. Juli 1923. Nummer 171.

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 25. Juli.

Tod und Leben.

Ich stand auf einem Berg, da hört' ich singen
zur Linken plötzlich ernste, trübe Lieder;
ein Opfer war es für die Erde wieder,
ich kannte wohl der Glocke dumpfes Klingen.

Zur Rechten sah ich einen Säugling bringen;
wie eines Schmetterlinges bunt Gefieder,
viel lust'ge Bänder wehten auf und nieder,
ein Glöckchen wollt' vor Freude schier zerspringen:

Die Andacht wagt kein Wesen rings zu stören:
die Herden hielten still auf ihre Weiden,
wie fromme Beter flüsterten die Föhren.

Als ob die Glocken sich umarmt, die beiden,
konnt' ich bald einen süßen Klang nur hören
und Tod und Leben nicht mehr unterscheiden.

Georg Herwegh.

Die Finkenberger Mühle abgebrannt. In der Moislinger Allee 116 befindet sich die Finkenberger Mühle, dem Besitzer, Herrn Brede gehörig, die heute nacht abgebrannt ist. Wie uns mitgeteilt wird, wurde der Feuerwehr gegen 12½ Uhr das Feuer gemeldet. Beim Eintreffen der Wehr brannte die Mühle lichterloh. Speicher und Nebengebäude konnten gerettet werden. Etwa 14—15 Zentner Mehl wurden ein Raub der Flammen. Nach fünfstündiger Arbeit konnte die Feuerwehr abrücken.

Prämien für Freimachung von Wohnungen. Die Prämien, durch welche das Wohnungsamt einen Anreiz zur Aufgabe von Wohnungen in Lübeck gewährt, sind neuerdings wieder erhöht worden. Bei Wohnungsinhabern, die auf Grund einer solchen Prämie ihre Wohnung dem Wohnungsamt zur Verfügung stellen, beträgt sie bei Zweizimmerwohnungen je nach Beschaffung der Wohnung bis zu 200 000 Mk., bei Dreizimmerwohnungen bis zu 400 000 Mk. bei größeren Wohnungen bis zu 600 000 Mk. Außerdem können die Umzugskosten ganz oder teilweise ersetzt werden.

Abermalige Fahrpreiserhöhung bei der Lübecker Straßenbahn. In der heutigen Nummer unseres Blattes veröffentlichen die städtischen Betriebe eine weitere Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise ab 27. d. M.. Die erneute Erhöhung der Fahrpreise ist die Folge der auf die Betriebsausgaben in ungewöhnlicher Weise einwirkenden sprunghaft fortschreitenden Geldentwertung. Die Einzelfahrpreise belaufen sich auf: bis zu 2 Zonen 3000 Mk., für 3 und 4 Zonen 4500 Mk., für 5 und mehr Zonen 6000 Mk.

Wenn in dem Vermögen von 10 Millionen Mark festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 3 Millionen Mark vorhanden sind, so darf für die Berechnung der Abgabe ein Vermögen von 7 Millionen Mark zu Grunde gelegt werden. Davon wären 394 000 Mk. Zwangsanleihe zu zeichnen gewesen; der Pflichtige hat also für die erste Teilabgabe

394 000 × 10 = 3 940 000

bis zum 1. August 1923 zu zahlen.

Die Steuerpflichtigen werden gut daran tun, sich schon jetzt auf die Zahlung der Abgabe in dieser Höhe am 1. August 1923 vorzubereiten und entsprechende Geldbeträge dafür bereitzustellen.

Lübecker Indexziffern. Nach den Berechnungen des Statistischen Landesamtes vom 23. Juli beträgt die Indexziffer (1913/14 = 1) für die gesamten Lebenshaltungskosten (Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung) 47 561, die Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung 43 992, die Ernährungskosten allein 56 568, die Bekleidungskosten allein 69 187. Die Ziffern sind seit der Vorwoche um 44.9 Proz., 45.2 Proz., 44.6 Proz. und 43.5 Proz. in die Höhe gegangen und seit dem Vormonatsdurchschnitt um 402,9 Proz, 397.7 Proz., 392.7 Proz. und 424.2 Prozent gestiegen.

Achtet auf den Kartoffelkrebs. Um die Weiterverbreitung des Kartoffelkrebses aufzuhalten, ist es dringend notwendig, daß alle Anbauer von Kartoffeln beim Aufnehmen auf das Vorhandensein dieser gefährlichen Krankheit achten und dem Polizeiamt oder der Hauptstelle für Pflanzenschutz (Lübeck, Museum am Dom) sofort von dem Auftreten Mitteilung machen, wie das nach der Senatsverordnung vom 3. Juni 1918 vorgeschrieben ist. Aus der Anmeldung erwachsen dem Betroffenen keinerlei Nachteile, es soll nur dafür gesorgt werden, daß auf krebsverseuchten Feldern in Zukunft nur krebsfeste Sorten angebaut werden, die jetzt wieder in genügender Menge beschafft werden können.

Ameisen und Blattläuse, die gefürchteten Schädlinge des Obst- und Gemüsegartens treten in diesem Jahre außerordentlich stark auf. Der Plage läßt sich leicht abhelfen, wenn man mit einem bewährten Blattlausbekämpfungsmittel, wie etwa Venetan-Lösung gegen diese Insekten vorgeht. Nach Vernichtung der Blattläuse läßt nämlich auch die Ameisenplage bald nach, da letztere von dem von den Blattläusen ausgeschiedenen süßen Säften leben, ohne die sie zugrunde gehen.

Die Kornblume, die gegenwärtig auf den Feldern üppig sproßt und als Zimmerschmuck stark begehrt ist, veranlaßt leider zahlreiche Spaziergänger, beim Pflücken der Blumen das Korn rücksichtslos niederzutreten. Ein jeder sollte aber bedenken, daß das Zertreten der Halme eine Schädigung unserer Ernte bedeutet, und das in einer Zeit, wo wir das Brotkorn nötiger brauchen denn je.

Karl Hagenbecks Menagerie auf Reisen trifft heute, Mittwoch, von Kiel hier ein und wird sofort mit dem Aufbau seiner Zelte beginnen. Die Eröffnung findet, wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, heute, Mittwoch, 6 Uhr statt. Die Menagerie verweilt nur einige Tage hier. Diese interessante lehrreiche zoologische Ausstellung kann nicht genug empfohlen werden, zumal viele seltene Raubtiere sich in der Menagerie befinden. Die Hauptfütterung findet täglich 4½ Uhr nachmittags statt, ferner ab 4 Uhr stündlich Dressurspiele.

Aus dem Polizeibericht. Die seit längerer Zeit in hiesiger Stadt verübten größeren Einbruchs- und Kellerdiebstähle fanden durch die Festnahme einer Diebes- und Hehlergesellschaft ihre Aufklärung. Der Arbeiter Fritz Schrade und der Arbeiter Ladislaus Fertig von hier sind als Haupttäter anzusehen. Schrade, welcher sich seinerzeit in Strafhaft befand, entkam während einer Gerichtsverhandlung am 22. v. Mts. und begann im Verein mit seinem Genossen Fertig, mit dem er schon einmal wegen hier und außerhalb verübter Einbruchsdiebstähle hinter Schloß und Riegel kam, sein verbrecherisches Unwesen. In der Wohnung der Festgenommenen konnte ein sehr großer Teil ihrer umfangreichen Diebesbeute gefunden, beschlagnahmt und im Bureau der Kriminalpolizei sichergestellt werden. Ganz besonders handelt es sich aber um Wäschestücke, deren Monogramme zum Teil entfernt und durch neue ersetzt worden sind. Diejenigen Personen, die in letzter Zeit besonders durch Kellerdiebstähle geschädigt worden sind, werden ersucht, sich zwecks Anerkennung ihres Eigentums im Bureau der Kriminalpolizei einzufinden. — Ermittelt und festgenommen wurde hier ein beschäftigungsloser Arbeiter aus Tetenbüll, der in Groß-Steinrade geräucherte Fleischwaren von erheblichem Werte stahl. — In der Nacht zum 23. ds. Mts. ist aus dem Flur eines Hauses in der Beckergrube ein Fahrrad, Marke „Panzer" Fabriknummer 33 375, mit schwarzem Gestell und Felgen gestohlen worden. An einer Pedale des Fahrrades fehlt das Gummi. — Mittelst Einbruchs wurden einem Anwohner der Israelsdorfer-Allee in letzter Nacht zwei Schafe gestohlen.

*

Travemünde. Am Sonnabend abend wurde im Städtischen Kursaal eine Wohltätigkeitsveranstaltung abgehalten. Verbunden war diese Veranstaltung mit einer Modenschau. Den künstlerischen Teil bestritten Mitglieder vom Hamburger Stadttheater. Fräul. Elly Helms sang drei Lieder, Frau Kent-Rothaug sang die Arie der Violetta aus der Oper „Traviata" und die Arie aus „Madame Butterfly". Die Damen Gertrud Rust, Anne Böttcher taten als Tänzerinnen das ihrige, um den Abend zu verschönen. Ganz besonders hervorgehoben zu werden verdient die Kindergruppe vom Hamburg. Stadttheater, die drollige Tänze aufführte. Alle mitwirkenden Künstler trugen dazu bei, den Abend wirklich genußreich zu gestalten. Alle Darbietungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Sämtliche Räume des Städtischen Kursaales waren dicht besetzt. Die Kurverwaltung kann

Ein neuer Schiedsspruch für die Werftarbeiter der Seeschiffswerften.

Abermals tagte am 21. Juli ein Sonderschlichtungsausschuß des Reichsarbeitsministeriums. Nach langen Verhandlungen kam folgender Schiedsspruch, der einstimmig gefällt worden ist, zustande: „1. Auf sämtliche Lohnquellen der Lohnwoche vom 9. bis 15. Juli wird für die Woche vom 16. bis 22. Juli ein Zuschlag von 40 Proz., für die Woche vom 22. bis 29. Juli ein weiterer Zuschlag von 50 Proz. gezahlt. 2. In Zukunft wird bei jeder Lohnzahlung außer den an sich fälligen Beträgen, ein Abschlag in Höhe des Grundlohnes der Woche, in der die Lohnzahlung erfolgt, und 40 Proz. für 24 Stunden gezahlt unter der Voraussetzung vollgeleisteter Arbeit, sonst im entsprechenden Verhältnis. 3. Erklärungsfrist an das Reichsarbeitsministerium durch den Schlichtungsausschuß Hamburg bis zum 25. Juli 1923, 12 Uhr, und zwischen den Parteien untereinander."

Dieser Schiedsspruch wird den Vertrauensleuten in allen Werftorten zur Entscheidung vorgelegt.

Das Vielfache der Zwangsanleihe als Brotversorgungsgabe.

Vom Finanzamt wird uns geschrieben:

Durch das Gesetz zur Sicherung der Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1923/1924 vom 23. Juni 1923 fällt die öffentliche Brotversorgung mit dem 15. September 1923 fort. Um dem bedürftigen Teil der Bevölkerung den Bezug von Brot auch weiterhin zu erleichtern, sollen die besitzenden Klassen eine Abgabe vom Vermögen entrichten, die in zwei Teilbeträgen am 1. August 1923 und am 2. Januar 1924 zu zahlen ist. Diese Abgabe soll grundsätzlich in einem Vielfachen der Zwangsanleihe bestehen. Der Ausgangspunkt bildet dabei das Sechsfache, also für jede Teilabgabe das Dreifache der Zwangsanleihe. Wenn sich jedoch der durchschnittliche Preis für märkischen Roggen in der Zeit vom 1. bis 15. Juli 1923 höher oder niedriger stellt als auf 120 000 Mark für den Zentner, so ist für die erste Teilabgabe des Dreifachen ein entsprechend höheres oder niedrigeres der Zwangsanleihe als Abgabe zu entrichten. Entsprechendes gilt für die zweite Teilabgabe, wenn der durchschnittliche Roggenpreis in der Zeit vom 1. bis 15. Dezember 1923 höher oder niedriger ist als 120 000 Mk. für den Zentner. Der Multiplikator für die erste Teilabgabe ist bereits bekanntgegeben, es ist die Zahl Zehn. Die erste am 1. August fällige Teilabgabe wird also das Zehnfache des vollen Zwangsanleihebetrages ausmachen.

Bei den Berechnungen der Abgabe ist grundsätzlich von dem zur Zwangsanleihe angegebenen Vermögen auszugehen. Der Pflichtige darf jedoch aus diesem Vermögen städtische Mietsgrundstücke, inländische festverzinsliche Wertpapiere, inländische Hypothekenforderungen, sowie sonstige reine Markforderungen ausscheiden; in diesem Falle ist für die Berechnung der Abgabe nicht der tatsächlich zu zeichnende Zwangsanleihebetrag, sondern der Betrag, der nach Absetzung der ausscheidenden Vermögensgegenstände zu erheben sein würde, zugrunde zu legen. Dabei hat der Pflichtige bei der Zahlung der Abgabe dem Finanzamt schriftlich darzulegen, welche Vermögensgegenstände er für die Berechnung der Abgabe von dem zwangsanleihepflichtigen Vermögen ausgeschieden hat.

Der Pflichtige erhält über die Höhe der Abgabe keinen Bescheid. Er hat sich vielmehr die Abgabe selbst zu berechnen, und zwar an Hand des ihm seinerzeit mit dem Vermögenssteuererklärungsvordruck übersandten Zwangsanleihetarifes, der auch in den Räumen der Finanzämter angeschlagen werden wird. Die erste Teilabgabe ist unaufgefordert bis zum 1. August 1923 einzuzahlen. Da es sich um eine Steuer und nicht um eine Zwangsanleihe handelt, ist die Zahlung bei der für den Pflichtigen zuständigen Finanzkasse, nicht etwa bei einer Annahmestelle für die Zwangsanleihe zu leisten.

Beispiel:

Das zur Zwangsanleihe angegebene Vermögen beträgt 10 Millionen Mark. Hiervon waren an Zwangsanleihe zu zeichnen 694 000 Mark. An sich sind, wenn der Multiplikator für die erste Teilabgabe 10 betragen sollte

694 000 × 10 = 6 940 000 Mark

bis zum 1. August 1923 an die Finanzkasse zu zahlen.

Die neuen Postgebühren ab 1. August.

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 1. August ab im Post-, Postscheck-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

Postkarten im Ortsverkehr	200 Mk.
„ „ **Fernverkehr**	400 „
Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm	400 „
über 20 bis 100 Gramm	600 „
„ 100 „ 250 „	1000 „
„ 250 „ 500 „	1200 „
Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm	1000 „
über 20 bis 100 Gramm	1200 „
„ 100 „ 250 „	1500 „
„ 250 „ 500 „	1800 „

Drucksachen bis 25 Gramm 200 Mk., über 25 bis 50 Gramm 400 Mk., über 50 bis 100 Gramm 600 Mk., über 100 bis 250 Gramm 1000 Mk., über 250 bis 500 Gramm 1200 Mk., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 1500 Mk., über 1 bis 2 Kilogramm (nur für einzelne versandte, ungeteilte Druckbände zulässig) 1800 Mark. **Blindenschriftsendungen** (Meistgewicht 5 Kilogramm) für je 1 Kilogramm 1 Mk.; **Geschäftspapiere und Mischsendungen** bis 250 Gramm 1000 Mk., über 250 bis 500 Gramm 1200 Mk., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 1500 Mk., **Warenproben** bis 100 Gramm 600 Mk., über 100 bis 250 Gramm 1000 Mk., über 250 bis 500 Gramm 1200 Mk.

Päckchen bis 1 Kilogramm 2000 Mk.

		1. Zone (bis 75 km)	2. Zone (über 75–375 km)	3. Zone (über 375 km)
Pakete	bis 3 Kilogramm	2400 Mk.	4800 Mk.	4800 Mk.
über	3— 5 „	3600 „	7200 „	7200 „
„	5— 6 „	4200 „	8400 „	12600 „
„	6— 7 „	4800 „	9600 „	14400 „
„	7— 8 „	5400 „	10800 „	16200 „
„	8— 9 „	6000 „	12000 „	18000 „
„	9—10 „	6600 „	13200 „	19800 „
„	10—11 „	7500 „	15000 „	22500 „
„	11—12 „	8400 „	16800 „	25200 „
„	12—13 „	9300 „	18600 „	27900 „
„	13—14 „	10200 „	20400 „	30600 „
„	14—15 „	11100 „	22200 „	33300 „
„	15—16 „	12000 „	24000 „	36000 „
„	16—17 „	12900 „	25800 „	38700 „
„	17—18 „	13800 „	27600 „	41400 „
„	18—19 „	14700 „	29400 „	44100 „
„	19—20 „	15600 „	31200 „	46800 „
Zeitungspakete	bis 3 Kilogramm	1800 Mk.	3600 Mk.	3600 Mk.

Wertsendungen (Wertbriefe und Wertpakete). Die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung (bei unversiegelten Wertpaketen wird die Einschreibegebühr aber nicht erhoben) und die Versicherungsgebühr beträgt bei Wertbriefen und versiegelten Wertpaketen für je 10 000 Mk. der Wertangabe oder einen Teil von 10 000 Mk 100 Mk., bei unversiegelten Wertpaketen (zugelassen bis 500 000 Mk.) 50 Mk.

Postanweisungen bis 10 000 Mk. 800 Mk., über 10 000 bis 50 000 Mk. 1000 Mk., über 50 000 bis 100 000 Mk. 1200 Mk., über 100 000 bis 200 000 Mk. 1800 Mk., über 200 000 bis 300 000 Mk. 2400 Mk., über 300 000 bis 400 000 Mk. 3000 Mk., über 400 000 bis 500 000 Mk. 3600 Mk., über 500 000 bis 750 000 Mk. 4200 Mk., über 750 000 Mk. bis 1 000 000 Mk. 4800 Mk. (Meistbetrag ist von 500 000 auf 1 000 000 Mk. erhöht.)

Rohrpostsendungen. a) Wenn Aufgabeort und Bestimmungsort innerhalb des Geltungsbereichs der Ortsbriefgebühr von Groß-Berlin liegen, für die Rohrpostkarte 2400 Mk., für den Rohrpostbrief 2800 Mk.; b) wenn der Aufgabeort oder der Bestimmungsort außerhalb des Geltungsbereichs der Ortsbriefgebühr von Groß-Berlin liegt, für die Rohrpostkarte 2600 Mk., für den Rohrpostbrief 3400 Mk.

Die **Einschreibegebühr** ist auf 1000 Mk., die Vorzeigegebühr für Nachnahmen und Postaufträge auf 500 Mark festgesetzt; die Einziehungsgebühr für Nachnahmen und Postaufträge von 1 von jedem angefangenen Tausend der eingezogenen Beträge bleibt unverändert. Sie wird von dem eingezogenen Betrag abgezogen und muß u. U. daher bei der Nachnahme- oder Auftragssumme von dem Absender berücksichtigt werden. Für die Eilzustellungen sind bei Vorauszahlungen zu entrichten für eine Briefsendung: nach dem Ortszustellbezirk 2000 Mk., nach dem Landzustellbezirk 6000 Mk.; für ein Paket: nach dem Ortszustellbezirk 3000 Mk., nach dem Landzustellbezirk 8000 Mk.

Für bar eingezahlte **Zahlkarten** bis 10 000 Mk. einschließlich 200 Mk., über 10 000 Mk. bis 50 000 Mk. 250 Mk., über 50 000 bis 100 000 Mk. 300 Mk., über 100 000 bis 200 000 Mk. 450 Mk., über 200 000 bis 300 000 Mk. 600 Mk., über 300 000 bis 400 000 Mark 750 Mk., über 400 000 Mk. bis 500 000 Mk. 900 Mk., über 500 000 bis 750 000 Mk. 1050 Mk., über 750 000 Mk. bis 1 000 000 Mark 1200 Mk., über 1 000 000 Mk. bis 2 000 000 Mk. 1500 Mk., über 2 000 000 Mk. bis (unbeschränkt) 2000 Mk.; für bargeldlos beglichene Zahlkarten dieselbe Gebühr, höchstens jedoch 1000 Mk. für eine Zahlkarte; für Kassenschecks, die bargeldlos beglichen werden, 1 vom Tausend des Scheckbetrages, für Barauszahlungen mit Postscheck 3 vom Tausend des Scheckbetrages, Mindestgebühr 1 Mk., Meistbetrag eines Postschecks 50 Millionen Mark.

Im **Telegraphenverkehr** sind die wichtigsten Gebühren für Ferntelegramme: Grundgebühr 1300 Mk. und außerdem für jedes Wort 800 Mk.; für Ortstelegramme: Grundgebühr 800 Mk. und außerdem für jedes Wort 400 Mk.

Die Inlandsgebühren für Briefsendungen, Wertsendungen und Postanweisungen gelten auch nach dem Saargebiet (jedoch Päckchen nicht zugelassen), ferner nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig, wohin auch Pakete zu den Inlandsgebühren versandt werden können. (Für Pakete nach dem Saargebiet besondere Gebühren.) Die Inlandsgebühren für Briefsendungen gelten ferner nach Luxemburg, Memelgebiet und Oesterreich. (Päckchen nach Luxemburg und Oesterreich nicht zugelassen.)

Die **Auslandsgebühren** betragen vom 1. August 1923 an: für Postkarten 1800 Mk., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 1400 Mk.; für Briefe bis 20 Gramm 3000 Mk., jede weiteren 20 Gramm (Meistgewicht 2 Kilogramm) 1500 Mk., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 Gramm 2400 Mk., jede weiteren 20 Gramm 1500 Mk.; für Drucksachen für je 50 Gramm 600 Mk.; für Blindenschriftsendungen für je 500 Gramm (Meistgewicht 3 Kilogramm) 300 Mk., jedoch nach Tschechoslowakei und Ungarn für je 1 Kilogramm 1 Mk.; für Geschäftspapiere für je 50 Gramm 600 Mk., mindestens 3000 Mk., für Warenproben für je 50 Gramm 600 Mk., mindestens 1200 Mk.; Eilzustellgebühr für Briefsendungen 6000 Mk., Einschreibgebühr 1000 Mk., Rückscheingebühr 1000 Mk., Vorzeigegebühr für Nachnahmen auf Briefsendungen (vom Absender zu entrichten) 600 Mk., Gewichtsgebühr für Wertkästchen für je 50 Gramm 1200 Mk., mindestens 6000 Mk. (dazu Einschreibgebühr von 1000 Mk.); Versicherungsgebühr für Wertbriefe und Wertkästchen für je 600 000 Mk. 1000 Mk. Postanweisungsgebühr bis 200 000 Mk. 2000 Mk., über 200 000 Mark bis 400 000 Mk. 4000 Mk., jede weiteren 400 000 Mk. 2000 Mk., jedoch nach England, den britischen Kolonien und den britischen Postanstalten im Ausland für jede weiteren 400 000 Mk. 4000 Mk.; Nachnahmegebühren für Pakete 2000 Mk. für je 200 000 Mk. des Nachnahmebetrages.

Fernsprechgebühren. Die Jahres-Grundgebühren für einen Fernsprech-Hauptanschluß bleiben bis Ende September unverändert. Für ein Ortsgespräch von einer Teilnehmerstelle aus 500 Mk., von einer öffentlichen Sprechstelle aus 1000 Mk.; für ein Ferngespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer bei einer Entfernung bis zu 5 Kilometern einschließlich von einer Teilnehmerstelle aus 500 Mk., von einer öffentlichen Sprechstelle aus 1000 Mk., von mehr als 5 bis 15 Kilometern einschließlich 1500 Mk., von mehr als 15 bis 25 Kilometern einschließlich 2500 Mk., von mehr als 25 bis 50 Kilometern einschließlich 5000 Mk., von mehr als 50 bis 100 Kilometern einschließlich 7500 Mk., für jede weiteren angefangenen 100 Kilometer mehr 3000 Mk., Vortragsanmeldung 1000 Mk., Auskunftsgebühr 1000 Mk. Die Teilnehmer können ihre Einrichtungen aus Anlaß der Gebührenerhöhung auf den 31. Juli oder 30. September 1923 kündigen.

sich mit solchen Veranstaltungen sehen lassen und ist nur zu wünschen, daß solche Veranstaltungen wiederholt werden. Der Ueberschuß ist für die Krankenpflegestation und für den Kleinkindergarten in Travemünde bestimmt.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Einkassierer! Das Parteisekretariat bleibt am Sonnabend, dem 28. Juli geschlossen.

Jungsozialisten! Donnerstag, 26. Juli, abends 8 Uhr: Vorstandssitzung (Lützowstraße 16a). Montag, 30. Juli, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus. Erscheinen ist Pflicht.

Hansatheater. Täglich 8 Uhr abends gelangt die Detektivkomödie von Albert Bozenhard „Sherlock Holmes" mit Emil von Dollen in der Titelrolle zur Aufführung. — Am 1. August ziehen die berühmten Rotterbühnen aus Berlin zu einem kurzen Gastspiel ein; zunächst gelangt Emil Ludwigs vielumstrittenes Bismarckdrama „Die Entlassung" zur Erstaufführung. Das Werk wurde bekanntlich nach seiner Freigabe im Kleinen Theater in Leipzig zur Aufführung gebracht und erlebte Serienerfolge auch in Hannover, Berlin, Breslau und Frankfurt a. M. Die Inszenierung leitet, wie in allen genannten Städten auch in Lübeck, Dir. Robert Pirk.

Angrenzende Gebiete.

Stockelsdorf. Bei der letzten Arbeitseinstellung im Landesteil Lübeck machte sich ein gewisser Barnstädt zum Streikführer, demonstrierte vor der Wohnung des Kreisleiters, wo nur die Frau anwesend war, und drohte, denselben aufzuhängen. Er hatte die Frechheit, sich zu der am 23. Juli stattgefundenen Kreiskonferenz einzufinden, wurde aber von unseren Kollegen an die frische Luft gesetzt. Heute hat sich derselbe als Schwindler entpuppt, der von der Polizei gesucht wird. Barnstädt war niemals organisiert, er stellte sich bei seinem Arbeitgeber als nationaler Mann vor, die Brust mit Orden und Ehrenzeichen behangen. Nach Zusammenbruch des Streiks beschwindelte er einen Kollegen um ein Fahrrad. Außerdem hat er einen Landarbeiter um 100 000 Mk., für die er ihm angeblich Ferkel besorgen wollte, und ein Dienstmädchen um 50 000 Mk. beschwindelt. Noch nicht klargestellt ist, wieviel Gelder er gesammelt hat und damit verschwunden ist. Wann werden endlich unsere Kollegen und Landarbeiter sich ihre Führer genauer ansehen? Dabei hat er sich außerordentlich radikal gebärdet und als waschechter Kommunist aufgespielt. So sehen diese Arbeiterführer aus, die andere als Arbeiterverräter beschimpfen. Barnstädt ist von mittlerer Statur, hat rundes Gesicht, will angeblich aus Rußland stammen. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten!

Bobitz. Schlageters erstes Hakenkreuzdenkmal. In der „Deutschen Zeitung" lesen wir: Zu Kl.-Krankow bei Bobitz in Mecklenburg wurde am 15. Juli die feierliche Einweihung des ersten Schlageter-Denksteines vollzogen. Inmitten eines Steinkranzes erhebt sich auf einem Feldsteinsockel ein Findling, der in runenähnlichen Buchstaben die Worte: „Unserem Schlageter" trägt. Zur Einweihung waren u. a. von auswärts zahlreiche Völkische erschienen. Unter den Klängen des Liedes „Ich hatt' einen Kameraden" wurden Kränze der verschiedenen Abordnungen niedergelegt. Ein Parademarsch am Denkmal vorbei mit flatternden Hakenkreuzfahnen beendete die würdige Feier. Bemerkt muß noch werden, daß zur Errichtung des Denksteines keine Lohnarbeiter hinzugezogen wurden, alle Arbeiten wurden nach Feierabend hauptsächlich von ehemaligen Roßbachern ausgeführt. — Man wird zugeben müssen, daß die Roßbacher sich keinen besseren Platz für ein Schlageterdenkmal aussuchen konnten als das mecklenburgische Junkerparadies, dessen sittliche Höhe eben erst durch den feigen Mord in Parchim illustriert worden ist.

Hamburg. Die Teuerungszahlen wiesen hier am gestrigen Montag eine Steigerung von 59,9 Prozent gegen die Vorwoche auf.

Hamburg. Schwerer Unfall im Hafen. Donnerstag nachmittag stürzte im Südwestkaiben (alter Petroleumhafen) ein in Reparatur befindlicher Kran von der Kaimauer ins Wasser. Dabei ertrank leider der im Kran befindliche Kranführer Alwin Müller, Lenzenhorn, Fritz Schuhmacherallee 85, wohnhaft. Die Leiche des so jählings ums Leben gekommenen Mannes konnte geborgen werden und ist nach der Leichenhalle beim Holstenter gebracht worden.

Kiel. Der Stundenlohn für Hafenarbeiter wurde für die laufende Woche auf 35 000 Mark festgesetzt.

Harburg. Ein Feuer, das ziemlich schnell um sich griff, kam in der Gelbgießerei von Spierling in der Ludwigstraße zum Ausbruch. Beim Eintreffen der Feuerwehr hatte der Dachstuhl bereits Feuer gefangen. Es gelang aber, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Der Dachstuhl ist teilweise durchgebrannt. Die Maschinen haben jedoch keinen Schaden erlitten. — Die Diebshöhle in den Pachtgärten haben in der letzten Zeit einen ganz ungeheuerlichen Umfang angenommen. Ganz besonders haben die Pächter der Gärten und Koppeln in den höher gelegenen Gegenden darunter zu leiden. Die Pächter haben nun die Absicht, zum Schutze ihres Eigentums dauernde Nachtwachen zu organisieren.

Kiel. Krankenkassen-Tagung. Der Landesverband Nordmark des Hauptverbandes deutsch. Ortskrankenkassen hielt am Sonntag eine Mitgliederversammlung ab. Geschäftsführer Wenich sprach über das Gesetz zur Erhaltung leistungsfähiger Krankenkassen, das sich als unzureichend erwiesen habe, um die Kassen fleißig zu stellen. In einer Entschließung wird gefordert, die Festsetzung einer Höchstgrenze für die Versicherungsgrenze und den Grundlohn aufzugeben oder für die Versicherungsgrenze und Grundlohn-Höchstpreise einen wertbeständigen Grundbetrag einzuführen, der vom Reichsarbeitsminister mindestens alle zwei Wochen im Verhältnis zum Teurungsindex bekanntgegeben wird. Für Verteilung der Gemeinlasten müssen die tatsächlichen Aufwendungen an Wochenhilfe, Krankengeld und Krankenhauspflege für weibliche Mitglieder zugrunde gelegt werden. Ferner wendet sich die Entschließung gegen die im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages vorliegenden Anträge auf Bildung von Berufskassen, die standesegoistischen Motiven interessierter Gewerkschaftsverbände entstammen. In der Aerztefrage gelangte nach einem Bericht von Lanz (Hamburg) eine Entschließung zur Annahme, in der es heißt: „Es muß ein Uebereinkommen in dem von den Aerzten so lebhaft propagierten Sinne der Arbeitsgemeinschaft angestrebt werden. Alle über Gebühr hohen Forderungen, vornehmlich Wegegebühren, sind strikte zurückzuweisen. Die im Landesverband Norden zusammengeschlossenen 160 Ortskrankenkassen werden solange örtliche Verhandlungen ablehnen, bis die Aerzte zur Aufnahme provinzieller Verhandlungen bereit sind." Eine weitere Entschließung betrifft die Arznei-Versorgung, die beständig steigende Anforderungen an die Krankenkassen stellt. Es werden Mittel und Wege gewiesen, den Arznei-Verbrauch ohne Benachteiligung der Mitglieder einzuschränken.

Kiel. Man schreibt uns: Wie die Städte, haben auch die Gemeinden ihre liebe Not, ihren Haushaltsplan übereinstimmend zu machen. In vielen Fällen ist die Ursache eines Defizits der Gemeinden die Freilieferung des Heizungsmaterials für die Lehrer. Bei den heutigen Brennstoffpreisen geht die Ausgabe für Brennstoffe für einen Lehrer schon in die Millionen, und die Lehrer pochen oft unverständigerweise auf ihre unter anderen Verhältnissen abgeschlossenen Verträge. Die Gemeinden aber sind nicht in der Lage, diese kolossalen Belastungen zu tragen und es entstehen langweilige Auseinandersetzungen, bei denen in der Regel die Gemeinden den Sieg erringen. Es wäre zu empfehlen, daß generell die Gemeinden von diesen drückenden Lasten befreit würden und die Lehrer ihre Brennstoffe, wie jeder andere Sterbliche, selbst kaufen müßten. Dasselbe gilt auch für die Naturallieferungen an Geistliche und Lehrer, auch dafür wäre eine Entschädigung in bar am Platze.

Bremerhaven. Riesige Fischpreise werden hier gegenwärtig gefordert, namentlich für Feinfische, die in Massen nach den Badeorten wandern. Steinbutt, groß und mittel, stellte sich gestern pro Pfund auf 122 000 Mark, Scholle, groß und mittel, auf 102 000 Mark das Pfund. — Und was unternimmt die Reichsregierung gegen diesen Wucher?

Stapelholm. Der Störfang in der Eider ist nunmehr beendet. Das Ergebnis war besser als in den meisten früheren Jahren. Der Fang war nicht nur zahlreicher, sondern die Fische auch wesentlich schwerer als in den Vorjahren. Und trotzdem diese Preise.

Heide. Regierungsvertreter im Kreise Norderdithmarschen. Zur Prüfung der Teuerungsverhältnisse im Kreise Norderdithmarschen besuchten am Sonnabend zwei Regierungsvertreter des Reichsfinanzministeriums und des preußischen Finanzministeriums Heide und Itzehoe. Die Herren fuhren dann nach Neumünster weiter, von wo aus die Rückreise nach Berlin erfolgte.

Husum. Dammbau nach Sylt. Vom Fuße des Außendeiches ab, so wird uns von Sylt geschrieben, werden zunächst 2 nebeneinander laufende Dämme errichtet, die an ihren Außenseiten mit einer Steinböschung versehen werden. Der Zwischenraum zwischen den beiden Dämmen wird allmählich aufgefüllt. Der so gebildete Eisenbahndamm wird an seiner Krone elf Meter breit sein. Zunächst geht der Damm in gerader Richtung hinaus, bis zum ersten Tief, dem Osterley, das in südwestlicher Richtung überquert wird, wo zurzeit die beiden großen Bagger arbeiten und das Material in Schuten füllen aus denen es wieder durch eine 65 Zentimeter weite Rohrleitung zum Damm befördert wird. Außer der Osterley sind noch drei weitere Tiefen zu überqueren, das Holländerloch, das Sylterley und das Westerley. Zwischen diesen Tiefen, deren Ausfüllung natürlich die schwierigste Arbeit darstellt, liegen ausgedehnte Watten, die bei jeder Ebbe trocken sind. Zur Ausfüllung der Tiefen sind etwa 2,5 Millionen Kubik-Buschlechnungen festgehalten. Nach den Mitteilungen des bauleitenden Ingenieurs glaubt man den elf Kilometer langen Damm in seinem Rohbau innerhalb zwei Jahren fertiggestellt zu haben. Im Anschluß an den nördlich vom Bahndamm gelegenen sogenannten kleinen Dreiecks-Koog wird südlich vom Damm ein neuer 5,5 Kilometer langer Seedeich errichtet, an dem etwa 200 Arbeiter tätig sind. Der neue Deich wird etwa 1 Kilometer südlich von Hornbüll mit dem alten Seedeich zusammentreffen. Der neue Koog wird einschließlich des 37 Hektar umfassenden Dreiecks-Koogs 275 Hektar groß.

Apenrade. Ein Steuerbuch mit einem Verzeichnis sämtlicher Bürger der Stadt und der von ihnen gezahlten Steuern soll, wie in der letzten Sitzung des Schleswiger Wählervereins bereits zur Sprache kam, von den hiesigen Gewerkschaften herausgegeben werden. Mit der Angelegenheit, die in Bürgerkreisen Befremden erregt hat, hat sich auch der Stadtrat in seiner letzten geheimen Sitzung beschäftigt, und hat, wie das hiesige sozialdemokratische Blatt zu erfahren weiß, mit knapper Mehrheit beschlossen, alle zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um die Herausgabe des Buches zu verhindern. Das Blatt behauptet demgegenüber, daß die Veröffentlichung der einzelnen Steuern durchaus gesetzmäßig ist, und teilt mit, daß das bereits fertige Buch deshalb auch in nächster Zeit herausgegeben werde. Ein Versuch in Lübeck würde sich lohnen. Die Herren Evers und Klein dürften dann kaum noch von steuerlicher Ungerechtigkeit des Besitzes sprechen.

Gewerkschaften.

Die **Verbandstagwahl der Metallarbeiter** stand überall im Zeichen stärkster Wahlmüdigkeit. Leider muß festgestellt werden, daß sich die Partei der Nichtwähler überall auf Anhänger der VSPD. gruppiert. Wenn die Kommunisten nicht unbeträchtliche Erfolge erzielt haben, so ist das vor allen Dingen ihrer infamen Agitation zu verdanken, die sie vor der Wahl gegen unsere Genossen entfaltet haben und in der die Moskauer Methode von Lug und Trug noch einmal ihre Triumphe feierte. Es gab überhaupt kein durch die sich stetig verschlechternde Wirtschaftslage hervorgerufenes Uebel mehr, das der gut gefütterte Lügenapparat der KPD. nicht der Sozialdemokratie in die Schuhe schob. Nur die mit einer Hochflut von Verdrehungen, Fälschungen und handgreiflichen Unwahrheiten arbeitende Propaganda der Moskowiter wie in Berlin auch noch anderwärts einige Erfolge zeitigen, sie wird sich abwirtschaften, wenn unsere Genossen überall noch mehr wie bisher auf dem Posten sind und den Gegenkampf gegen die kommunistische Schlammflut der Verleumdung noch besser wie bisher organisieren.

Extrabeitrag im Deutschen Baugewerksbund. Eine am 13. und 14. Juli abgehaltene Konferenz des Vorstandes und Bundesbeirats hat beschlossen, von der 31. bis einschließlich 35. Beitragswoche doppelte Beiträge zu erheben. Dies geschieht, um die Bundeskasse so zu stärken, daß sie auch allen an sie gestellten außerordentlichen Anforderungen gewachsen ist. Die Streikunterstützung wurde entsprechend günstiger gestaltet, auch wurden einige andere Unterstützungsarten, wie Streik-, Reise-, Alters- und Invalidenunterstützung bedeutend erhöht.

Englische Bergleute, Eisenbahner und Dockarbeiter. Der Jahreskongreß der englischen Bergarbeiter mußte sich mit der lebenswichtigen Frage beschäftigen, ob der im Herbst ablaufende Tarifvertrag gekündigt werden soll. Obwohl die Lage der Bergarbeiter trotz der Ruhrkonjunktur die allerschwierigste ist, obwohl die Löhne im Durchschnitt nur 20 Prozent über den Vorkriegslöhnen stehen während die Kosten der Lebenshaltung noch um 69 Prozent höher sind, obwohl noch in sieben Bezirken 210 000, gleich 18 Prozent sämtlicher Bergleute auf Hungerlöhne gesetzt sind, während die Eigentümer hohe Profite einheimsen; — trotz dieser Umstände konnte sich der Kongreß nicht zur Kündigung des Tarifvertrags entschließen, da diese unter den obwaltenden Umständen das Elend nur noch vergrößern würde. Die Unternehmer stellen sich allen Versuchen zur Verbesserung der Produktion entgegen. In bezug auf die außenpolitische Situation ist die hochherzige Erklärung des Bergarbeiterkongresses hervorzuheben: „Wir wollen nicht, daß die englische Bergindustrie sich auf Kosten der deutschen Bergleute entwickelt. Der britische Bergbau soll und kann nur in einer friedlichen und geordneten Welt in die Höhe kommen." Die Angriffe gegen den Siebenstundentag wurden vom Kongreß scharf zurückgewiesen.

Der Kongreß des größten englischen Eisenbahnerverbandes (N. U. R., National Union of Railwaymen) beschäftigte sich mit den Fragen der beabsichtigten Lohnreduktionen, des weiteren mit der Schaffung eines großen Industrieverbandes, der sämtliche Eisenbahner und Eisenbahnarbeiter umfassen soll, wofür bereits seit langem Schritte eingeleitet wurden, endlich mit der Lage der Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten. Für diese verlangte der Kongreß dieselbe Behandlung bei der Lohnbestimmung und dem Schlichtungsverfahren wie für die Eisenbahner. Wichtig waren die Beschlüsse in bezug auf die auswärtige und innere Politik. Die Redner betonten die Notwendigkeit der Abkehr vom kapitalistischen System, indem sie die Mißbräuche des Kapitalismus mit seinen Hungerlöhnen für die Arbeiter und hohen Profiten für die Unternehmer mit scharfen Ausdrücken geißelten. Der sehr radikale Ton des Kongresses war immerhin sehr bemerkenswert. Der Kongreß hat im übrigen der Politik der Labour Party aufs wärmste beigepflichtet.

Der Streik der Dockarbeiter nimmt immer größeren Umfang an. Am 8. Juli befanden sich in den drei Städten London, Manchester und Hull bereits 60 000 Dockarbeiter im Streik. Der Streik richtet sich gegen Lohnherabsetzungen, gegen die Angriffe auf die 44-Stunden-Woche, gegen die ungenaue Feststellung der Lebensmittelkosten, wodurch der Wert der gleitenden Lohnskala, auf Grund deren die Löhne festgesetzt werden, aufgehoben wird, in erster Linie aber gegen den Versuch der Arbeitgeber, einzelne Verfügungen des Tarifvertrages außer acht zu lassen.

Viehmarkt.

Hamburg, 24. Juli.

Kälber- und Schweinemarkt.

Der Kälbermarkt war heute mit 910 Stück beschickt. Der Handel war flott. Es wurde bezahlt: 1. Qualität 37 000 bis 40 000 Mk., 2. Qualität 30 000—35 000 Mk., 3. Qualität 23 000 bis 30 000 Mk., nüchterne 19 000—24 000 Mk.

Der Schweinemarkt war heute mit 1292 Stück beschickt. Der Handel war flott. Von der Ueberwachungskommission waren folgende Richtpreise festgesetzt: über 300 Pfund 48 000 Mk., von 260—300 Pfund 47 000 Mk., von 200—260 Pfund 46 000 Mk., unter 200 Pfund 42 000—45 000 Mk.

Gegen Sommersprossen (4510

müssen Sie etwas tun. Wir raten 1 Stück Citabol-Bleichwachs zu kaufen und damit die betreffenden Stellen zu behandeln. Sicher erhältlich: Adler-Apotheke, Mengstraße 10.

Amtlicher Teil

Bekanntmachung.

Als Folge des auf dem Hochofenwerk plötzlich eingetretenen Streiks und des dadurch veranlaßten Ausfalls der Koksofengasabgabe an die Lübecker Gasanstalt muß die Gaslieferung sofort eine erhebliche Einschränkung erfahren. Genaue Angaben über die stattzufindenden Sperrzeiten lassen sich vorerst nicht machen; doch soll versucht werden, früh von 5½ bis 8 Uhr, mittags von 11 bis 1½ Uhr und abends von 6 bis 11½ Uhr Gas zur Verfügung zu stellen.

Die Gasabnehmer werden dringend ersucht, die Schwerbrenner an Brennern, Kochern und sonstigen Verbrauchsapparaten bei Nichtbenutzung, vor allem nach Eintritt und während der Gassperrzeiten oder sobald geringer Druck in der Leitung beobachtet wird, sorgfältig geschlossen zu halten. Sämtlich brennende Zündflammen sind abzustellen.

Lübeck, den 24. Juli 1923.

4527 **Die städtischen Betriebe.**

Arzneitaxe.

Auf Grund des § 80 der G.-O. und des § 2 der V.-O. wird verordnet:

An Stelle der bisherigen Staffelsätze der Zuschläge in Nummer 2 der Allgemeinen Bestimmungen der Deutschen Arzneitaxe, 7. Ausgabe, treten folgende Sätze:

bis zu 21 000 Mk. ein Zuschlag von 100 v. H.,
von mehr als 21 000 Mk. bis zu 28 000 Mk. ein Zuschlag von 21 000 Mk.,
von mehr als 28 000 Mk. bis zu 50 400 Mk. ein Zuschlag von 75 v. H.,
von mehr als 50 400 Mk. bis zu 63 000 Mk. ein Zuschlag von 37 800 Mk.,
von mehr als 63 000 Mk. ein Zuschlag von 60 v. H.

Lübeck, den 25. Juli 1923.

4536) **Der Gesundheitsrat.**

Lübecker Straßenbahn.

Fahrpreise ab 27. Juli 1923:

a) **Einzelfahrscheine:**

bis zu 2 Zonen	M.	3 000.—
für 3 und 4 Zonen	M.	4 500.—
für 5 und mehr Zonen	M.	6 000.—

b) **Monatskarten:**

bis zu 2 Zonen	2mal. Fahrt	M.	130 000.—
	4mal. Fahrt	M.	240 000.—
für 3 u. 4 Zonen	2mal. Fahrt	M.	190 000.—
	4mal. Fahrt	M.	360 000.—
für 5 u. mehr Zonen	2mal. Fahrt	M.	240 000.—
	4mal. Fahrt	M.	470 000.—

c) **Jugendfahrscheine:**
in Bündeln von 15 Stück . . . M. 22 500.—

d) **Gepäckstücke und Hunde:** M. 3 000.—

Die gegenwärtig im Verkehr befindlichen Jugendfahrscheine, Fahrkarten für Behörden und die Karten für Schwerbeschädigte der Serie 1 sind bis einschl. 26. Juli 1923 gültig und hat der Umtausch:

a) der Jugendfahrscheine an unserer Hauptkasse, Mengstraße 26, Zimmer 3, im Büro der Verwaltung, Roeckstraße Nr. 49a oder durch Brief,
b) der Behördenkarten an unserer Hauptkasse Mengstraße 26, Zimmer 3,
c) der Karten für Schwerbeschädigte, bei der Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte

gegen Serie 12 zu erfolgen.

Der Verkauf von Monatskarten erfolgt ab 25. d. M. an unserer Hauptkasse, Mengstraße 26, Zimmer 8.

Lübeck, 24. Juli 1923. (4521

Städtische Betriebe.

Nichtamtlicher Teil

Zeitungsausträgerin

gegen sehr gute Bezahlung

für Schwartau und Landwehr, auch für Lübecker geeignet.

Zu melden bei Glese, Parliner Straße 30. (4022

Mehrere Frauen zum Zeitungsaustragen

gesucht gegen gute Bezahlung für Bezirk

Rücknitz, Siems, Herrenwyk,

Geschäftsstelle des Lübecker

Volksboten

Tüchtige

Haus- und Küchenmädchen

sofort gesucht. (4516

Kinderheim Nordbeck,

Kreis Lehe.

Laufjunge außer der Schulzeit od. alter Mann z. Plakattragen gesucht. 3 Stunden täglich. Gehalt monatlich 150 000 Mark. **Bürgers Spezialhaus f. Kurzwaren,** Schwönekenquerstr. 16.

(4584)